



Deutscher Bundestag  
Kommission zur Wahrnehmung  
der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

**Kommissionsdrucksache**

**19. Wahlperiode**

**19/10**

## **Zwischenbericht**

über die Tätigkeit der

**Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder**

**(Kinderkommission)**

vom 1. Februar bis 31. Juli 2020

Vorsitz: Matthias Seestern-Pauly, MdB (FDP)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### Inhalt

|                                                                                                                                        |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Einleitung.....</b>                                                                                                                 | <b>3</b>  |
| <b>1. Das Arbeitsprogramm .....</b>                                                                                                    | <b>3</b>  |
| 1.1. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Gelebte Partizipation“ .....                                                             | 3         |
| 1.2. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Formen und Möglichkeiten der (digitalen) Partizipation“ .....                            | 5         |
| 1.3. Expertengespräch am 6. Mai 2020 zum Thema „Wie wird politische Partizipation gelebt?“ .....                                       | 6         |
| 1.4. Expertengespräch am 13. Mai 2020 zum Thema „Wie findet (digitale) Partizipation in der Schule statt?“ .....                       | 11        |
| 1.5. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Welche Rolle spielen digitale Medien und soziale Netzwerke für die Partizipation?“ ..... | 15        |
| 1.6. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Partizipativer Staat – Zukunft gestalten“ .....                                          | 18        |
| 1.7. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Inklusive Partizipation“ .....                                                           | 21        |
| <b>2. Stellungnahme zur Vorsitzzeit.....</b>                                                                                           | <b>23</b> |
| <b>3. Die Arbeit der Kinderkommission unter Coronabedingungen .....</b>                                                                | <b>37</b> |
| <b>4. Red Hand Day am 11. Februar 2020.....</b>                                                                                        | <b>38</b> |
| <b>5. Eckpunkte für die Einführung einer Kinderfragestunde im Deutschen Bundestag .....</b>                                            | <b>40</b> |
| <b>6. Gesprächstermin der Kinderkommission bei Facebook am 4. März 2020 .....</b>                                                      | <b>41</b> |
| <b>7. Öffentlichkeitsarbeit .....</b>                                                                                                  | <b>41</b> |
| <b>8. Anlagen (Pressemitteilungen) .....</b>                                                                                           | <b>42</b> |



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### Einleitung

In der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den sechs Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Nach Ablauf der Amtszeit des Bundestagsabgeordneten Johannes Huber (AfD) übernahm der Bundestagsabgeordnete Matthias Seestern-Pauly (FDP) mit Wirkung vom 1. Februar 2020 den Vorsitz.

Das Arbeitsprogramm des Bundestagsabgeordneten Matthias Seestern-Pauly umfasste den Themenbereich „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“.

Zum Vorsitzwechsel hat der Deutsche Bundestag den folgenden Artikel veröffentlicht:

#### Matthias Seestern-Pauly übernimmt Vorsitz der Kinderkommission



Matthias Seestern-Pauly (FDP) ist neuer Vorsitzender der Kinderkommission © DBT/Melde

Die Sitzung am Mittwoch, 12. Februar 2020, mit dem Titel „Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Gelebte Partizipation. Erfahrungen aus der Praxis“, war zugleich die erste unter der Leitung von Matthias Seestern-Pauly (FDP). Er folgte im Amt auf Johannes Huber (AfD), der dem Gremium seit Ende September 2019 vorgesessen hatte. Der Vorsitz der Kinderkommission wechselt turnusmäßig unter ihren sechs ordentlichen Mitgliedern. (ste/30.01.2019)

### 1. Das Arbeitsprogramm

#### 1.1. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Gelebte Partizipation“

Am **12. Februar 2020** lud die Kinderkommission zu diesem Thema folgende Sachverständige ein: **Sebastian Schiller** (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerkes e. V.) und **Luise Pfütze** (Stabsstelle Advocacy SOS-Kinderdorf e. V., Botschaft für Kinder).

Hierzu wurde der folgende Artikel auf der Website des Deutschen Bundestages veröffentlicht:

#### Experten fordern Beteiligungsrecht für Kinder mit Verfassungsrang

Ein Beteiligungsrecht für Kinder mit Verfassungsrang – diese Forderung richteten beide geladenen Sachverständigen im Rahmen eines öffentlichen Fachgesprächs an die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Frühe Beteiligungsmöglichkeiten im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben wirkten sich außerdem positiv auf die Demokratiebildung unter Kindern und Jugendlichen aus, waren sie beide überzeugt.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### Vorteile überwiegen Aufwände

„Die Kommune ist als Kinder- und Jugendzentrum der Demokratie zu verstehen“ – diese These vertrat **Sebastian Schiller, Leiter der Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerks**. Damit hob er darauf ab, was ihm zufolge auch Studien belegen würden, nämlich dass Möglichkeiten der kommunalen oder grundsätzlich gesellschaftlichen Beteiligung für Kinder und Jugendliche langfristig dazu führten, dass sie auch später im Erwachsenenalter zivilgesellschaftliches Engagement zeigen würden. Vor diesem Hintergrund dürften Kommunen die Einführung und Betreuung von Beteiligungsformaten für junge Menschen nicht als Mehraufwand begreifen. Denn die Vorteile, die sich für sie ergäben, überwögen die Aufwände, so Schiller. Für Familien etwa, die sich niederlassen wollen, stelle sich eine ausgewiesene Kinderfreundlichkeit der Kommune nicht selten als entscheidender Standortfaktor dar, führte er aus. Auch würde die Identifikation junger Menschen mit ihren Heimatregionen erhöht und die Legitimität von Verwaltungsentscheidungen gestärkt werden, so Schiller. Als modellhaft beschrieb er die Beteiligungsmöglichkeiten der Stadt Herrenberg in Baden-Württemberg. Dort würden verschiedene Angebote wie Jugendparlamente, Online-Plattformen und Jugendforen bei gleichzeitiger Anbindung an die örtlichen Schulen beispielhaft ineinander greifen, sagte Schiller. Ein neues Basketballfeld, die Mitbestimmung beim Schulessen oder die Einrichtung einer legalen Graffiti-Fläche seien nur Beispiele für die Erfolge, die durch die Beteiligung junger Menschen am kommunalen Leben dort erzielt worden sind.

### Haltung von Fachkräften

**Luise Pfütze vom SOS-Kinderdorf** argumentierte in ähnliche Richtung. Auch sie war der Überzeugung, dass Kinder- und Jugendbeteiligung im öffentlichen Leben stark und unmittelbar zur Demokratiebildung beitrage. Das habe vor allem damit zu tun, so Pfütze, dass durch entsprechende Angebote schon früh die Erfahrung von Selbstwirksamkeit gemacht werden könnte. Viele Kinder, insbesondere solche, mit denen sie im Rahmen der Arbeit ihres Trägerverbands zu tun habe, würden sich ohnmächtig gegenüber den Einflussfaktoren ihres Alltags fühlen. „Für sie ist es ungemein wichtig, dass sie lernen, ihre Lebensrealität positiv gestalten zu können“, so Pfütze. Darüber hinaus würden Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auch zur Gewaltprävention beitragen. Man lerne Kompromisse zu schließen und Frustrationen auszuhalten, war Pfütze überzeugt. Dies alles sei aber nur zu erreichen, wenn die Voraussetzungen stimmten. Neben Organisationsstrukturen, in denen Partizipationsmöglichkeiten dezidiert vorgesehen seien, brauche es auch eine klare Nachvollziehbarkeit dessen, was letztlich durch die Beteiligung von Kindern erreicht wurde und was nicht. Auch die Bereitschaft zum Risiko betonte Pfütze: „Es muss auch die Möglichkeit geben, dass Kinder mit einem Projekt, salopp gesagt, auf die Nase fallen“. Auch solche Erfahrungen seien letztlich positiv zu bewerten. Als wichtigste Voraussetzung für gelingende Partizipation



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

nannte Pfitze die Haltung der Fachkräfte. Diese müssten Kinder als kompetent anerkennen und vor allem bereit sein, in ihrer Arbeit mit ihnen eigene Macht abzugeben. (ste/12.02.2020)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/693282/9a61c5de40ab96a786d338b89ad1adab/Wortprotokoll-der-29-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

### 1.2. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Formen und Möglichkeiten der (digitalen) Partizipation“

Zu diesem Thema fand am **11. März 2020** ein Gespräch mit dem Sachverständigen **Tim Schrock** (Projektkoordinator von „jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation“) statt.

Hierzu war der folgende Artikel auf der Webseite des Deutschen Bundestages zu finden:

#### **Sachverständiger: Beteiligung muss von jungen Leuten selbst ausgehen**

Kinder haben ihre ganz eigenen Bedürfnisse und Einschätzungen, können ihren Willen aber noch nicht bei Wahlen zum Ausdruck bringen. Und sie werden von politischen Entscheidungen, die heute gefällt werden, am längsten betroffen sein, sagte **Tim Schrock vom Deutschen Bundesjugendring, Projektkoordinator von „jugend.beteiligen.jetzt - für die Praxis digitaler Partizipation“**, beim öffentlichen Fachgespräch der „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“ (**Kinderkommission**) zur digitalen Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Mittwoch, **11. März 2020** unter der Leitung von **Matthias Seestern-Pauly (FDP)**. Die Kommission befasste sich mit der Frage, welche Möglichkeiten der Teilhabe Kinder und Jugendliche unterhalb der Schwelle von Wahlen haben, was es für Online-Werkzeuge gibt und wie sich erfolgreiche Tools und Projekte ausbauen lassen.

Beteiligung müsse vor allem von den jungen Leuten selbst ausgehen und ihnen das Gefühl geben, dass ihr Engagement auch etwas bringe. Mit diesem Arbeitsverständnis wende sich auch der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) dem Thema zu, so Schrock. Um die Kinder und Jugendlichen in ihrer eigenen Welt abzuholen, und sie von dort aus ihre Umwelt gestalten zu lassen, habe man beim Bundesjugendring den Arbeitsbereich digitale Partizipation eingerichtet. Gemeinsam mit anderen Partnern betreibe der DBJR das Projekt „jugend.beteiligen.jetzt“, das auf seiner Webseite kostenlos Werkzeuge und Tipps für digitale Beteiligung anbietet und Beispiele aus der Praxis zeigt.

#### **Digitale Plattformen alleine reichen nicht**

Der Bundesjugendring verstehe sich als Ansprechpartner für Behörden, Kommunen, und nicht-staatliche Organisationen, und als Schnittstelle zwischen Institutionen und den jungen Leuten, um die Belange von Kindern und Jugendlichen zu kommunizieren, und Projekte anzustoßen und zu



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

begleiten. So meldeten sich engagierte Jugendämter beim DBJR und „jugend.beteiligen.jetzt“ mit konkreten Bedarfen. Daraufhin werde der BJR mit eigenen Angeboten oder mit Ausschreibungen für einzelne Vorhaben aktiv.

Es reiche dabei nicht aus, einfach nur digitale Plattformen zu schaffen, oder die vorhandenen Plattformen wie Facebook oder YouTube zu nutzen, wo man die Zielgruppe der Jugendlichen gerade vermute. Vielmehr müssten Inhalte im Mittelpunkt stehen, um die es gehen soll. Mitmachen könne man dann sowohl analog als auch digital. Wenn Themen und Beteiligungsziele konkret seien und Projektideen aus einem bereits bestehenden Kontext heraus kämen, seien sie am erfolgreichsten.

### Audiovisuelle Formate sind von Vorteil

Bewege man sich im digitalen Bereich, müsse man auf jeden Fall audiovisuelle Formate wählen, die eine Sache erlebnisorientiert und spielerisch angehen. Mit relativ geringem Aufwand ließen sich virtuelle Welten schaffen und man brauche keinesfalls allein auf kommerzielle Apps zu setzen. In Deutschland mit seinem äußerst lebendigen Vereinswesen und einer sehr starken Open-source-Gemeinde gebe es eine Fülle erfolgreicher Projekte, die sehr teilnehmer- und teilhabeorientiert seien. Digitale Beteiligungsangebote seitens der Trägerinstitutionen funktionierten übrigens umso besser, je mehr das Digitale von diesen nicht als etwas Besonderes erachtet werde, sondern die Träger auch sonst bereits im Alltag routiniert digital unterwegs seien, so Schrock. „Dann kann digitale Beteiligung langfristig funktionieren.“ „Die Entwicklung eines guten Beteiligungsverfahrens ist ein langer Prozess“, gab Schrock nicht nur angesichts der Mühen der Ebene bei Betrieb und Begleitung von einmal geschaffenen Angeboten, sondern auch im Hinblick auf staatliche Zuwendungen und das Haushaltsrecht zu bedenken. Das müsse beim Zuschnitt der finanziellen Förderung besser mitgedacht werden, insbesondere was die Antragstellung und die Mehrjährigkeit betreffe. (11/12.03.2020)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/693284/07756969561425c18669f770f2036c87/Wortprotokoll-der-30-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

### 1.3. Expertengespräch am 6. Mai 2020 zum Thema „Wie wird politische Partizipation gelebt?“

Herr **Dominik Bär** (Geschäftsführer von Kinderfreundliche Kommunen e. V.) berichtet im **nichtöffentlichen Expertengespräch**, dass „Kinderfreundliche Kommunen“ eine Initiative des Deutschen Komitees für UNICEF und des Deutschen Kinderhilfswerks sei. Man habe sich 2012 zusammengeslossen, um die Internationale Child Friendly Cities Initiative, die es seit 1996 auf internationaler Ebene gebe, auch für Deutschland umzusetzen.



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Man sei in einer Modell-Pilotierungsphase mit sechs Kommunen gestartet und mittlerweile auf 29 Kommunen bundesweit angewachsen. Das Programm erstrecke sich für die einzelnen teilnehmenden Kommunen auf vier bis fünf Jahre. Der Höhepunkt des Programms sei, die Vergabe des Siegels als kinderfreundliche Kommune zu erreichen. International sei das ganze Programm von UNICEF entwickelt worden. Mit UNICEF in Deutschland sei eine sehr gute Zusammenarbeit entstanden. Von den 29 Kommunen trügen bereits 14 Kommunen das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“. Das bedeute, dass diese jeweils einen Aktionsplan erarbeitet und beschlossen hätten und gerade dabei seien, diesen umzusetzen. Bei der regionalen Verteilung gebe es viele Kommunen in Hessen, Niedersachsen und Brandenburg.

Das Ziel sei es, die Kommunalpolitiker zu erreichen, um dort eine veränderte Sicht auf die Kinder und Jugendlichen und deren Rechte zu schaffen. Auch die Verwaltung solle aus Sicht der Akteure erreicht werden. Im Programm würde eigentlich hauptsächlich mit der Politik und der Verwaltung zusammengearbeitet. Ziel sei es dabei, dass die Verwaltung die Interessen von Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch den Artikel 3 des Grundgesetzes ernst nehme. Das Programm zielen ebenfalls auf die Öffentlichkeit in den Kommunen, um dort die Kinderrechte sowohl gegenüber den Kindern als auch den Eltern bekannter zu machen. Auch die Kinder und Jugendlichen selbst wolle man erreichen. Dafür müssten sie immer wieder eingebunden werden, und dafür würden viele verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten angeboten. Daher sei es auch für die teilnehmenden Kommunen verpflichtend, Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung des Programms und den einzelnen Schritten zu beteiligen.

Zunächst müsse ein Beschluss des Stadt- oder Kommunalparlamentes gefasst werden, damit eine Kommune überhaupt am Programm teilnehmen könne. Auf Grundlage dieser Beschlussfassung würde dann eine schriftliche Vereinbarung mit der Kommune geschlossen, in der sich die Kommune zur Zusammenarbeit von vier bis fünf Jahren verpflichte, in Abhängigkeit von der Größe der Kommune. Danach würde in den ersten ein bis zwei Jahren eine Bestandsanalyse durchgeführt. Zunächst würde jede Verwaltung einen sehr ausführlichen Verwaltungsfragebogen ausfüllen, in dem unterschiedliche Bereiche betrachtet würden. Dabei würden nicht nur die Bereiche Jugendamt und Jugendhilfe betrachtet, sondern ämterübergreifend geschaut, in welchen Bereichen Kinderrechte eine Rolle spielten und welche Strukturen und Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche bereits vorhanden seien. Parallel dazu würde auch eine Kinderbefragung durchgeführt, bei der in Schulen 10 Prozent der 10- bis 12-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune befragt würden.

Daraus würden für die jeweilige Kommune individuelle Empfehlungen formuliert und konkrete Maßnahmen geplant, wie die Kommune die Kinderrechte noch besser umsetzen könne. Auf Grund-





## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

lage dieser Empfehlungen würde die Kommune dann einen Aktionsplan erarbeiten, in dem konkrete Maßnahmen enthalten seien, die erneut vom Kommunalparlament beschlossen würden. Dieser Aktionsplan müsse dann innerhalb von drei Jahren umgesetzt werden. Innerhalb der Aktionsplanumsetzungszeit würden die Kommunen weiterhin vom Verein begleitet und müssten nach der Hälfte der Zeit einen Zwischenbericht vorlegen. Darüber hinaus würden regelmäßig Monitoringberichte eingereicht, um Hinweise geben zu können, bei welchen Maßnahmen noch Nachholbedarf bestünde. Zum Ende der dreijährigen Umsetzungszeit würde in jeder Kommune eine Zukunftswerkstatt stattfinden, um noch einmal auf den Prozess zurückzuschauen.

Die Kommunen könnten dann auch ihr Siegel noch einmal verlängern. Hierfür müssten sie einen weiteren Aktionsplan erneut für drei Jahre erstellen, der ebenfalls vom Verein bewertet würde und für den die Kommune ein neues Siegel erhalten könne.

Das ganze Programm erstrecke sich auf vier Themenfelder, die aus der internationalen Child Friendly Cities Initiative übernommen worden seien. Hierin sei zum einen der Vorrang des Kindeswohls gemäß Artikel 3 der Kinderrechtskonvention zu wahren. Das zweite Themenfeld enthalte kinderfreundliche Rahmenbedingungen und welche Strukturen und Ideen hierfür vorhanden seien. Das Dritte sei die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und das Vierte die Information über Kinderrechte und dessen Monitoring, wie die Perspektiven von Kindern auch wahrgenommen würden und in den politischen Prozess miteinflössen.

Für die Gemeinde Algermissen sei die Empfehlung ausgesprochen worden, die Kinderrechte in einem Leitbild oder in der Satzung der Kommune zu verankern, damit sie verbindlich für alle Ratsbeschlüsse seien und eine Regelung für die Kommunalverwaltung darstellten. Algermissen habe daraufhin als erste Maßnahme in den Aktionsplan aufgenommen, dass das Leitbild der Gemeinde um die Kinderrechte ergänzt würde.

In anderen Kommunen sei beispielsweise auch eine Aufnahme in die kommunalen Satzungen erreicht worden. In Garmisch-Partenkirchen sei Ende letzten Jahres eine eigene Kinderverfassung beschlossen worden, in der die zentralen Rechte der Kinderrechtskonvention aufgenommen worden seien. Diese Kinderverfassung würde nun als Ergänzung zur Hauptsatzung der Kommune behandelt und habe damit rechtsverbindlichen Charakter, auf den sich die Kinder auch berufen könnten. Im zweiten Themenfeld der kinderfreundlichen Rahmenbedingungen ginge es um entsprechende Rahmenbedingungskonzepte und Gremien innerhalb der Kommune.

Die Stadt Wolfsburg habe in diesem Zusammenhang beschlossen, einen Kinderbeirat einzuführen. Dieser solle dann neben dem bereits bestehenden Jugendgremium existieren, um so Einfluss auf die Politik auszuüben und so die Interessen der Kinder zu verdeutlichen. Deshalb würden nunmehr im jährlichen Abstand Kinder berufen, die den Oberbürgermeister berieten, eigene Anliegen





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

entwickelten und damit direkt in die Politik einwirkten. In Weil am Rhein sei hingegen ein Kinder- und Jugendetat beschlossen worden. In diesen würden dem Kinder- und Jugendparlament jährlich 2.000 Euro zur Verfügung gestellt, welche dann nach einer entsprechenden Antragstellung in eine Projektförderung gehen könnten. Das Kinder- und Jugendparlament würde über die Projektanträge nach vom Jugendparlament verabschiedeten Richtlinien entscheiden und die Gelder vergeben. In Regensburg sei ein Jugendbeirat beschlossen worden, der auch konzeptionell im Beteiligungskonzept der Stadt verankert worden sei. Dabei würden 25 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren für jeweils zwei Jahre gewählt. Diese hätten dann ein Jahresbudget von 18.000 Euro zur Verfügung.

Der Verein erlebe, dass sich die Möglichkeiten für Veränderungen in den Kommunen erst durch den Blick von außen ermöglichen ließen. Der Verein stärke den interkommunalen Austausch, da entsprechende Best-Practice-Beispiele aus anderen Kommunen weitergetragen würden. Es gebe sogar eher kleine Kommunen, die sich zusammenschlossen und sich gemeinsam einen Kinder- und Jugendbeauftragten teilen würden. Dieser Kinder- und Jugendbeauftragte könne teilweise auch Projekte für Kinder und Jugendliche ortsübergreifend anbieten.

Die Finanzierung würde aus drei Säulen bestehen. Zum einen bekäme der Verein eine geringe Unterstützung seitens der Träger „Deutsches Kinderhilfswerk“ und „Deutsches Komitee von UNICEF“. Diese Unterstützung würde jedoch nicht ausreichen, um die Vereinsstruktur aufrechtzuerhalten. Die teilnehmenden Kommunen würden einen jährlichen Beitrag bezahlen, der je nach Einwohnerzahl der Kommune gestaffelt wäre. Kommunen mit 5.000 bis 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern würden 4.000 Euro, Kommunen mit einer Einwohnerzahl von 50.000 bis 150.000 würden 10.000 Euro und Kommunen mit einer Einwohnerzahl über 150.000 würden 16.000 Euro zahlen.

Herr **Thomas Juhl** (Leiter der Geschäftsstelle Kinder- und Jugendparlament beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin) könne berichten, dass das Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf seit 2003 bestehe. Im Jahre 2003 habe man die ersten Eröffnungsgespräche geführt und sei im Schuljahr 2003/2004 gestartet. Hierzu seien Kinder und Jugendliche ab der 5. Klasse bis zum 21. Lebensjahr eingeladen worden. Dabei habe man versucht, sämtliche Einrichtungen des Bezirks einzubinden.

Derzeit würden 68 Einrichtungen erreicht und 130 Mitglieder seien pro Jahr im Kinder- und Jugendparlament gemeldet. Es würden aus jeder Einrichtung drei Mitglieder gewählt, wovon ein Mitglied hauptamtlich und die anderen beiden als dessen entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter tätig seien. Damit würde erreicht, dass jede Einrichtung eine Stimme habe. Dadurch seien unge-



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

fähr 80 bis 90 Kinder und Jugendliche bei den Sitzungen. Im Jahr gebe es insgesamt vier Plenarsitzungen plus eine zur entsprechenden Wahl. Hierzu kämen alle Kinder und Jugendlichen zusammen und unter diesen Kindern und Jugendlichen würden dann die Vorstandsmitglieder gewählt. Es gebe einen Vorsitzenden und sieben Beisitzer. Grundsätzlich sei die Konzeption des Kinder- und Jugendparlaments auf die Nähe zum Bezirksparlament ausgerichtet.

Die entsprechenden Anträge des Kinder- und Jugendparlaments sollten notfalls über die Vorsitzende der Bezirksverordnetenversammlung eingebracht werden. Die anderen Parteien hätten sich daher auch zum Ende der Verhandlungen darauf verständigt, dass das Kinder- und Jugendparlament nunmehr ein Antragsrecht habe. Das Kinder- und Jugendparlament habe einen Sitz im Jugendhilfeausschuss des Bezirks, ein Rederecht in der Bezirksverordnetenversammlung und in sämtlichen Ausschüssen. Der Sitz im Jugendhilfeausschuss sei ein beratender Sitz und die Bezirksverordnetenversammlung würde regelmäßig von einigen Jugendlichen besucht. Das Kinder- und Jugendparlament setze sich aus dem Vorstand und den Arbeitsgruppen (AGs) zusammen. Die AGs würden jährlich neu gewählt, so dass Themen behandelt würden, die die Kinder und Jugendlichen am meisten interessieren würden. Es gebe eine Umwelt-AG, die für die Kinder und Jugendlichen sehr wichtig sei. Darüber hinaus gebe es eine AG Stadtplanung, eine AG Öffentlichkeitsarbeit und eine AG Digitales.

Die Wahl zum Kinder- und Jugendparlament finde nach den Sommerferien und noch vor den Herbstferien statt. Die überwiegende Zahl im Kinder- und Jugendparlament seien Grundschüler (circa 80). Die Übrigen – so ungefähr 50 – seien Oberschüler. Sobald neue Kinder oder Jugendliche dazukämen, würde mit diesen im Wannseeforum ein Ausbildungsworkshop durchgeführt.

Man wolle nunmehr das Kinder- und Jugendparlament im Bezirk als auch den Bezirksschülerausschuss stärken. Da die Antragsrechte des Kinder- und Jugendparlaments andere seien, als die des Bezirksschülerausschusses, sei man bestrebt, diese zu vereinheitlichen. Derzeit könne das Kinder- und Jugendparlament lediglich in den Bezirk hineinwirken und erreiche – im Gegensatz zum Bezirksschülerausschuss – den Senat nur über den Rat der Bürgermeister. Mit der Vereinheitlichung würden beide Gremien gleichwertig nebeneinander verhandeln können. Der derzeitige Vorsitzende habe sich als Landesschulsprecher wählen lassen, um dort das Projekt besser vorantreiben zu können. So könne die Aktion „Ein Parlament für Dich“ näher an die Landespolitiker herangetragen werden.

Für das Kinder- und Jugendparlament müsse weiterhin die Finanzierung gesichert sein. Derzeit gebe es eine halbe Stelle für die Geschäftsführung. Hinzu kämen 4.000 Euro für Aktionen und Honorare für die Mitarbeiter. Auf der interaktiven Homepage seien alle Aktionen verzeichnet. Eine



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

größere Aktion in der letzten Zeit sei die Mitwirkung an der Stadtplanung am Olivaer Platz in Berlin-Charlottenburg zu benennen. Dieser sei von den Kindern und Jugendlichen mitgestaltet worden. Ein weiteres Projekt sei die Gestaltung in Zusammenarbeit mit der Partnergemeinde Meseritz (Polen) gewesen. Hierzu seien alte Telefonzellen gekauft und dann von den Jugendlichen gestaltet worden. Aktuell seien die Kinder und Jugendlichen an der Gestaltung eines „Zauberspielplatzes“ beteiligt, welcher sich im Volkspark in der Nähe des Hauses des Rundfunks, dem RIAS, befinde.

Auch das Thema „Inklusion“ spiele während der Arbeit eine entscheidende Rolle. Ein Vorstandsmitglied sei gehörlos und habe am Anfang Schwierigkeiten gehabt, den Gebärdendolmetscher zu bezahlen. Dieses Mitglied könne sich nunmehr sehr gut in die Arbeit einbringen und arbeite derzeit an einem Projekt, welches sich für Film-Untertitel in Gebärdensprache für Gehörlose beschäftige. Auch der Flyer zum Kinder- und Jugendparlament sei nunmehr in Blindenschrift erschienen. Auch sämtliche Erklärungen des Kinder- und Jugendparlaments seien in Gebärdensprache auf der Homepage verlinkt.

### 1.4. Expertengespräch am 13. Mai 2020 zum Thema „Wie findet (digitale) Partizipation in der Schule statt?“

**Cordula Heckmann** (Schul- und Campusleitung Rütli-Schule) trug zu Beginn des **nichtöffentlichen Expertengesprächs** vor, dass der Campus Rütli mit zwei Kindertagesstätten, einer Jugendfreizeiteinrichtung und sozialen Diensten für Berlin, aber auch für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt etwas ganz Besonderes sei.

Die Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli existiere seit 2009. Sie ist eine Schule, die auf längeres gemeinsames Lernen setze und keine äußere Leistungs differenzierung vornehme. Sämtliche Schulabschlüsse des Landes Berlin würden dort vergeben und die Kinder und Jugendlichen lernen im gebundenen Ganztag von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr. 80 bis 85 Prozent der Schülerinnen und Schüler lebten von staatlichen Transferleistungen und kämen daher aus der sozialen Benachteiligung. Diese sei dann auch der entscheidende Faktor und weniger die Frage, dass die Familiensprache nicht Deutsch sei. Das soziale Gefüge ändere sich zwar merklich in den Jahrgängen 1 bis 6 und in den Kindertagesstätten, da auch dort die Gentrifizierung im Bezirk Neukölln zu merken sei.

Die Kinder lernten durch die 100 verschiedenen Nationen sehr unterschiedliche soziale, kulturelle und religiöse Hintergründe kennen. Die Schülergruppen auf dem Pausenhof seien sehr divers zusammengesetzt, also türkischstämmig, kurdischstämmig, jesidisch, schiitisch, sunnitisch etc. Daher gebe es auch hier Konflikte, aber praktisch keine aufgrund der Herkunft. Das dies gelinge sei eine Frage der Partizipation und damit der Teilhabe der Schülerinnen und Schüler, die eine Stimme bei



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

der Gestaltung ihres Schulalltages erhielten. Diese Mitgestaltung und Mitsprache im Alltag sei ein wesentliches Gelingensmoment an der Schule.

Partizipationsmöglichkeiten an der Schule seien einerseits die vom Berliner Schulgesetz vorgesehene Schülervvertretung sowie andererseits ein sogenannter Klassenrat, der die Bedürfnisse der Klasse als Gruppe, aber auch jedes Einzelnen zum Thema mache. Hierbei würden entsprechende Themen gemeinschaftlich gesammelt, in einer protokollierten Sitzung besprochen und mit einem Ergebnis schriftlich fixiert. Die Schülerinnen und Schüler würden hier mittels eines klassischen demokratischen Formats Verantwortung für ihre Themen übernehmen. Daher sei die Akzeptanz für dieses Format auf allen Seiten sehr groß, da die Schülerinnen und Schüler hier Demokratie und Teilhabe unmittelbar an ihren eigenen Themen erlernen würden. Sie lernen aber auch, dass es in Abstimmungsprozessen Minderheiten, Kompromisse und Abstimmungen gebe, die nicht ihren Interessen entsprächen. Die Regeln im Klassenrat legen die Schülerinnen und Schüler selbst fest, was ein wichtiges Moment des Gelingens sei, da es die eigenen gemeinsamen Vereinbarungen seien, die im Fall der Fälle gebrochen würden.

Als gebundene Ganztagschule sei der Stundenanteil an der Schule höher und damit gebe es im Stundenplan auch Freiräume für Projekte des sozialen Lernens ohne offizielles Curriculum. Eines dieser Projekte ist „Heroes“. In diesem Projekt bearbeiteten die jungen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft das Leben in zwei Kulturen mit unterschiedlichen Wertesystemen. Jenseits von Klassenrat und Schülervvertretung sei für die Jahrgänge 1 bis 6 eine Schülervollversammlung eingeführt worden, bei der die Schülerinnen und Schüler gegenüber der Schulleitung und den Lehrerinnen und Lehrern Probleme erörterten. An einem Format für die höheren Klassen würde derzeit gearbeitet. Die Gremien der Schule, also Schülervvertretung, Vollversammlung und Klassenrat, seien miteinander verzahnt, da Personen im Klassenrat säßen, die dann z. B. auch in der Schülervvertretung vertreten seien. In der Schülervollversammlung säßen Schülersprecher, die dann auch in der Schulkonferenz sind.

Die Schule versuche, die unterschiedlichen Begabungshintergründe mit den Interessen der Schülerinnen und Schüler im Schulalltag zu verknüpfen. Ein Beispiel hier wäre z. B. das Thema Mittelalter, bei dem sich unterschiedliche Gruppen zu Themen wie „Ritter“, „Burgen“, „Minnesang“, „Hexenverbrennung“ etc. zusammenschlossen, um am Ende über die Präsentation der einzelnen Projekte ein ganzheitliches Bild über das Mittelalter zu erhalten.

Aus den unterschiedlichen kulturellen Hintergründen resultierten hierbei auch Fragen, die vielleicht in anderen Schulen, wie zum Beispiel in Treptow-Köpenick oder Dahlem in dieser Form nicht auftauchten. Vor diesem Hintergrund erwuchs ein Oberstufenkurs der „Glauben und Zwei-



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

feln“ heiße. In diesem Kurs würde sich mit Themen und Ansichten z. B. in Bezug auf Religion auseinandergesetzt, die im sonstigen Familienalltag der Kinder und Jugendlichen nicht hinterfragt würden oder gar keine Rolle spielten.

Auf Rückfrage des Vorsitzenden hinsichtlich der Mitbestimmung bei Lerninhalten außerhalb des Geschichtsunterrichts und des Sitzungsturnus‘ der Schülervollversammlung stellte Frau Heckmann dar, dass die Mitbestimmung wie im Geschichtsunterricht auch in anderen Fächern z. B. beim „sozialen Lernen“ stattfinde. Beim Fach „soziales Lernen“ gehe es jedoch vermehrt um Gruppenprozesse, was in anderen Fächern weniger der Fall sei. Schülerinnen und Schüler sollten Respekt gegenüber dem Vortragenden und gutes Feedback lernen. Auch die Vermittlung, was gute Vorträge, Präsentationen und Projekte seien, spielte hier eine Rolle. Die Grundidee der Mitbestimmung sei, dass Schülerinnen und Schüler aus Themen auswählen könnten und damit an ihrem eigenen Prozess teilhtten. Es komme dabei weniger auf das akademische Wissen, sondern mehr auf die Gruppendynamik an. Die Vollversammlung als ein Gremium der Schülerinnen und Schüler setze die Themen selbst fest. Als Schulleiterin sei sie mit beratender Stimme dabei und könne nachfragen, Feedback geben und Einschätzungen geben.

Im Hinblick auf positive Effekte und Lernerfolge aufgrund der Mitbestimmung gab Frau Heckmann an, dass die Rütli-Schule für eine Schule in dieser Lage mit Blick auf Abbrecherzahlen und Erfolge bei den unterschiedlichen Schulabschlüssen wirklich gut abschneide. Insofern könne man sagen, dass das Modell erfolgreich sei, weil man sich im Vergleich zu anderen Schulen und mit Blick auf die Anforderungen des Senates messen lassen müsse.

Während der Corona-Pandemie zeigte sich ganz klar, dass das Problem nicht der gebundene Ganztags- oder der Halbtagsunterricht war, sondern die Bildungsaffinitt der Eltern, die digitale Ausstattung in der Familie und Schule und die Wohnverhältnisse. Deshalb habe sie sich als Schulleiterin gefragt, wie der Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern aufrechterhalten werden könne, da die Schule für viele ein zweites Zuhause sei. Man habe stets versucht den (analogen) Kontakt zu halten und Möglichkeiten eröffnet, einzeln in die Schule zu kommen, um Material zu holen oder um ein Gespräch zu führen. Es sei dennoch sehr schwierig gewesen, da die Digitalisierung insgesamt ein großes Problem darstelle, insbesondere an Schulen, an denen mehrheitlich schon der „normale“ Standard nicht vorhanden sei. Generell müssen Schülerinnen und Schüler in solchen Zeiten gehört werden. Es sei eine komplexe Zeit gewesen und es würde versucht, alle zu erreichen und ein Angebot bereitzustellen.

Frau Heckmann stellte darüber hinaus klar, dass die Rütli-Schule auch eine inklusive Schule sei, in der es unterschiedliche Leistungsprofile von Kindern mit einem Förderstatus bis hin zu Kindern mit gymnasialer Empfehlung gebe. Das sei eine große Herausforderung für die Kolleginnen und Kollegen, die innerhalb ihres Unterrichts verschiedene Lernangebote machen müssten, denn es



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

gebe ja keine äußere Leistungsdifferenzierung bis einschließlich der 10. Klasse. Über den Sozialindex habe die Schule mehr Lehrerstunden, die dann Angebote für die ganz Starken oder auch die ganz Schwachen ermöglichen würden.

Als Campus Rütli kooperiere die Schule mit zwei Kindertagesstätten, einer Jugendfreizeiteinrichtung, die auch ein Kinder- und Jugendparlament habe. Deshalb verstehe man sich als Stadtteilschule und als Teil des Stadtraumes. Es werde mit Externen zusammengearbeitet, um Dinge realisieren zu können, die als Schule nicht zu leisten seien. Es gebe auch Service-Learning, bei dem der Unterricht außerhalb der Schule stattfinde. Dabei ginge es auch darum, sich beruflich zu orientieren, alten Menschen zu helfen, in die Kindertagesstätten zu gehen usw.

Die Entwicklung der Schule seit 2006 sei natürlich nicht allein auf die Partizipation zurückzuführen. Vielmehr sei es 2006 wichtig gewesen, den Fokus auf die Stärken der Schülerinnen und Schüler zu setzen und nicht auf deren Gewaltbereitschaft. Hierzu gehörte auf jeden Fall deren Partizipationsbereitschaft. Auch die sprachliche und kulturelle Diversität gehöre klar zu den Stärken dieser Schule. Es wurde daher immer nach Gelegenheiten gesucht, bei denen die Schülerinnen und Schüler eine andere Performance haben könnten als nur das, was sie nicht könnten. Schule sei im Grundsatz noch zu stark am Defizit orientiert, obwohl der Zugang über die Stärken der Gewinnbringendere sei. Partizipation in der Schule führe dazu, dass diese durch Mitgestaltung zu einem Lebensort werden könnte. Dazu gehöre die Bereitschaft zuzuhören und die Belange und Probleme ernst zu nehmen.

Zum Thema „Schülerfeedback“ stellt sie dar, dass es eine Schulinspektion mit anonymer Onlinebefragung gebe, mit der die Schule beurteilt würde. Die Schulleitung würde ständig von den Eltern und Schülern beurteilt und die Lehrerinnen und Lehrer würden ständig während des Unterrichts seitens der Schülerinnen und Schüler beurteilt. Das Feedback während des Corona-Lockdowns könne aufgrund fehlender technischer Ausstattung nicht stattfinden.

Zum Thema „Haltung und Kultur in der Schule“ sei es Frau Heckmann bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern wichtig, diese bereits bei den Einstellungsgesprächen sowohl auf das hinzuweisen, was gut lief, aber auch auf die Besonderheiten ihrer Schule. Daher sollten potentielle neue Lehrerinnen und Lehrer vorher hospitieren und in den Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen gehen. Nur so würde festgestellt, ob alle zueinander passen und den gleichen Auftrag verstünden. Dieses „mission statement“ ist ihr wichtig und dafür verlange sie auch das „commitment“ von den Lehrkräften. Natürlich gebe es entsprechende Fortbildungen und die schulinterne Begleitung durch die Schulleitung und Kolleginnen und Kollegen. Jedoch gehöre auch das Scheitern, die Lernbereitschaft und Experimentierfreudigkeit der Lehrerinnen und Lehrer dazu, um die Identifikation mit der Schule und der Aufgabe zu erreichen.





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### 1.5. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Welche Rolle spielen digitale Medien und soziale Netzwerke für die Partizipation?“

Für die Sitzung der Kinderkommission am **27. Mai 2020** wurden die folgenden Sachverständigen eingeladen: **Sabine Frank** (Head of Government Affairs and Public Policy DACH/CEE, YouTube), **Anika Lampe** (Public Policy and Government Relations Senior Analyst, Google) und **Dr. Thorsten Naab** (Wissenschaftlicher Referent, Deutsches Jugendinstitut). Die Experten wurden aufgrund der Coronapandemie teilweise mittels webex-Videokonferenz zugeschaltet.

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner Homepage hierzu den folgenden Artikel veröffentlicht:

#### **Experten skizzieren Wege für Jugendpartizipation in digitalen Medien**

Einer Generation einfach das Etikett der „digital natives“ zu verpassen, sei kein Selbstläufer, waren sich die Sachverständigen in dem **öffentlichen Expertengespräch der Kinderkommission (KiKo) am Mittwoch, 27. Mai 2020**, einig. Entscheidend für eine erfolgreiche und sichere Nutzung der digitalen Medien und auch für ein Mehr an Partizipation, angeregt durch die Onlineangebote, sei, wie man sich in den sozialen Netzwerken und Plattformen bewege. Dazu komme dem Lernraum Schule nach wie vor die höchste Bedeutung zu, da nur er alle Kinder und Jugendlichen erreiche.

#### **Maßnahmen zum Kinderschutz**

Wie sich die gesellschaftliche und politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mithilfe der digitalen Medien ausbauen lässt, darum ging es in der Sitzung unter dem Titel **„Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Welche Rolle spielen digitale Medien und soziale Netzwerke für die Partizipation?“** unter der Leitung von **Matthias Seestern-Pauly (FDP)** mit Sachverständigen aus der Digitalwirtschaft und Jugendforschung.

Über ihre Maßnahmen zum Kinderschutz und spezielle Angebote für Kinder informierten aus der Perspektive der Angebotsseite der Digitalwirtschaft **Sabine Frank, Head of Government Affairs and Public Policy beim Videoportal Youtube**, und **Anika Lampe, Public Policy and Government Relations Senior Analyst bei der Internet-Suchmaschine Google**.

#### **Familienkonten bei Youtube Kids**

Frank erläuterte die Elterneinstellungen bei der Kinderplattform von Youtube, genannt Youtube Kids, wo die Erziehungsberechtigten die Nutzung von in Familienkontos eingebettete Accounts ihrer minderjährigen Kinder voreinstellen können, indem bestimmte Inhalte erlaubt, blockiert, oder Nutzungszeiten individuell festgelegt werden können.

Sie legte dar, wie anstößige oder strafrechtlich relevante Inhalte entfernt werden oder aber verlässliche Inhalte gefördert und bei der Suche priorisiert werden. Youtube selbst verwende große Energie darauf, unzulässigen von erlaubtem und wertvollem Content zu trennen, zu kennzeichnen und unerlaubte Inhalte aus seinen Angeboten zu verbannen.





## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Dabei wirkten Maschine und Mensch nahtlos zusammen, von einem Programm herausgefilterte Inhalte würden stets noch einer händischen Überprüfung durch Mitarbeiter unterzogen. Die Hausregeln gingen dabei mit den gesetzgeberischen Vorgaben Hand in Hand.

### **Youtube in Zeiten von ‚fake news‘**

Die Entscheidung, welche Inhalte entfernt werden sollen, gehöre zu den schwierigsten Bereichen des Unternehmens. Youtube verstehe sich als offene Plattform, aber das bedeute eben noch lange nicht, dass alle Inhalte zulässig seien und erscheinen könnten, so Frank.

Gerade in einer Zeit von ‚Fake News‘ und Verschwörungstheorien sei es wichtig, dass die auf der wichtigsten Videoplattform der Welt angebotenen Beiträge seriös und rechtsfest seien.

Indem man seriöse Anbieter priorisiere und markiere, „borderline content“ (grenzwertige Inhalte) auf die unteren Plätze verweise und strafbare Inhalte aussortiere, habe man bereits beträchtliche Veränderungen bei Wiedergabezeiten und Zugriffszahlen bewirken können, weg vom Zweifelhafte und Illegalen, hin zu Qualitätscontent und bildungsorientierten Filmen und Kanälen.

### **Google: Angebote für politische Beteiligung**

Auch Google setze sich mit seinen Produkten für alle Altersgruppen dafür ein, Familien zu einer kompetenten Mediennutzung zu befähigen und vor allem die Kinder zu schützen, sagte Lampe. Außerdem habe man Angebote, um die gesellschaftliche und politische Beteiligung zu fördern. Dabei arbeite man mit einer Fülle von Partnern aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik, vor allem auch auf der Ebene lokaler, kommunaler Strukturen, zusammen.

Als Internetanbieter sehe man vor allem die Potenziale, die die sozialen Medien Kindern und Jugendlichen böten, und sie dabei unterstützten sich einzubringen und die Welt mitzugestalten. Man wolle helfen, dass sie dabei eine sichere und positive Erfahrung machen und verstehe sich als Partner sowohl bei Innovationen als auch beim Thema Sicherheit.

### **Medienpädagogische Zusammenarbeit mit Schulen**

Für Eltern und Lehrer stelle man Hilfen und Tipps zur Verfügung, um die Medienkompetenz der Erziehungsberechtigten wie der Kinder und Jugendlichen zu verbessern, von digitalen Grundregeln über das Verständnis der Medien bis hin zu deren eigener Gestaltung.

Man habe eine sehr erfolgreiche medienpädagogische Zusammenarbeit mit Schulen begonnen und sei von der Nachfrage nach gemeinsamen Workshops geradezu überrollt worden.

### **Eltern-Accounts bei Google**

Auch mit den staatlichen Akteuren und der Politik wolle man in engem Dialog bleiben, wenn es darum gehe, Dienste und Richtlinien zu verbessern, so Lampe, und warb wie ihre Kollegin für einen noch engeren Austausch zwischen den Internetfirmen und der Politik.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Sie stellte das Angebot Family Link von Google vor, das Kindern und Jugendlichen einen Zugang zum Internet im Rahmen eines mit dem Eltern-Account verknüpften Kontos biete.

Eltern hätten dabei die Möglichkeit, im Browser Einstellungen vorzunehmen, und beispielsweise Altersblocker oder intelligente Filter zu aktivieren und Käufe nur mit Genehmigung der Eltern zuzulassen. Ebenso ließen sich Zeitlimits festlegen oder Sperren für bestimmte Tageszeiten.

### **Strenge Regeln für Anbieter**

Bei Google Play Store würden familien- und kinderfreundliche Inhalte hervorgehoben. Man arbeite daran Google insgesamt kinderfreundlich auszugestalten.

Strenge Regeln und einen Kontrollmechanismus gebe es nicht nur auf Seiten der Nutzer und bei den Plattformbetreibern und Suchmaschinen selbst, sondern auch für die Anbieter von Inhalten. So müsse jeder Anbieter für den Upload einer App einen detaillierten und extern entwickelten Fragebogen ausfüllen. Anstößige Inhalte könnten auch bei der Google-Suche an mehreren Stellen entdeckt und blockiert werden. Sie würden entweder bereits automatisch herausgefiltert, oder könnten durch Nutzer gemeldet werden.

### **„Aufmerksamkeitswettlauf“ um das Smartphone**

Einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu dem Thema digitale Medien und Partizipation gab **Dr. Thorsten Naab, Wissenschaftlicher Referent** beim **Deutschen Jugendinstitut**. Er warb dafür, dass man im Familienkontext nicht früh genug damit beginnen könne, Kindern Medienkompetenz zu vermitteln.

Eltern müssten bereits vor der Geburt ihrer Kinder ihr Medienverhalten überprüfen und anpassen. Schließlich habe man von der ersten Minute eine Vorbildfunktion. Eltern würden allerdings vielfach nicht als gute Treuhänder ihrer Schutzbefohlenen auftreten und seien trotz der weitreichenden technischen Hilfen sowohl als Vorbilder wie auch als Wissensvermittler und kompetente Ansprechpartner überfordert. So drohe ein „Aufmerksamkeitswettlauf“ um das ständig im Familienmittelpunkt präsente Smartphone.

### **Ein sicherer Umgang mit den sozialen Medien**

So groß die Bedeutung der sozialen Medien für junge Leute auch sei, so sehr bestehe allerdings nur ein geringer Zusammenhang zwischen deren Internetnutzung und politischer Partizipation. In der digitalen spiegele sich die reale Welt: Die bereits Interessierten mehrten ihr Wissen durch die sozialen Medien und engagierten sich.

Bildungsangebote fielen vor allem bei denjenigen auf fruchtbaren Boden, die ohnehin interessiert seien, während man bildungsferne Haushalte nicht erreiche. Dennoch gelte es, die Medienbildung auszubauen. Ein sicherer Umgang mit den sozialen Medien lasse sich nicht einfach durch mehr Informatikunterricht lösen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### Das „Beteiligungs-Feigenblatt“

Naab mahnte zudem, die Motivation zu hinterfragen, die der Förderung von Partizipation mittels digitaler Angebote zugrunde liege. So gehe es vielen Initiativen darum, junge Leute als Wirtschaftsfaktor zu umwerben oder für parteipolitische Interessen einzuspannen – und leider weniger um die ureigenen Interessen der Kinder.

Es reiche auch nicht aus, den Kindern lediglich – gleichsam als „Beteiligungs-Feigenblatt“ – bestimmte Bereiche zur Mitsprache zu öffnen, wie etwa ein Mitmach-Forum über die Gestaltung von Spielplätzen, und sie bei anderen für sie wichtigen Themen wie Klimaschutz oder der Frage der Gestaltung von Verkehrsflächen oder Schulschließungen außen vor zu lassen.

Genauso wichtig sei, Transparenz darüber herzustellen, inwieweit die Partizipation von Kindern und Jugendlichen schließlich in den politischen Entscheidungsprozess eingeflossen sei. Die jungen Leute gingen nicht davon aus, dass ihre Meinung eins zu eins umgesetzt werde, aber sie wollten wissen, dass sie bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt worden seien und welche Konsequenzen ihre Beteiligung habe. (11/28.05.2020)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/711410/e226ef5ffb1e54d7f5370951474e8acf/Wortprotokoll-der-33-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

### 1.6. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Partizipativer Staat – Zukunft gestalten“

Für die Sitzung der Kinderkommission am **17. Juni 2020** wurde Herr **Thomas Krüger**, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, als Sachverständiger eingeladen.

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner Homepage hierzu den folgenden Artikel veröffentlicht:

#### **Thomas Krüger: Jugendliche bewegen sich in der digitalen Realität**

Kinder und Jugendliche bewegen sich heute ganz selbstverständlich in der digitalen Realität, haben ihre eigenen Formen der Kommunikation und wollen die Welt, in der sie leben, mitgestalten. Wie die Bundeszentrale für politische Bildung die politische Partizipation der jungen Leute mit maßgeschneiderten digitalen Angeboten fördert, darüber informierte **Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung**, die Mitglieder der Kinderkommission unter der Leitung von Matthias Seestern-Pauly (FDP) in einem öffentlichen Expertengespräch unter dem Titel **„Partizipation von Kindern und Jugendlichen – ein partizipativer Staat – Zukunft gestalten“** am **Mittwoch, 17. Juni 2020**.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### **„Digitalen Medien kommt eine Schlüsselrolle zu“**

Nicht zuletzt aus demografischen Gründen komme der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen heute in Ländern wie Deutschland eine hohe Bedeutung zu, machte Krüger klar. Diesen werde in Zukunft durch die gealterte Gesellschaft eine Menge zugemutet. Sie sollten daher nicht nur in der Zukunft, sondern auch bereits in der Gegenwart mitbestimmen dürfen. Den digitalen Medien komme dabei eine Schlüsselrolle zu. Dass man jungen Menschen Beteiligungsmöglichkeiten gewähren müsse, ja dass diese ein Recht auf den Zugang zu den Medien hätten, sei bereits in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verankert.

### **„Alltägliche Erfahrung direkter Kommunikation“**

Charakteristisch für die Mediennutzung der Kinder und Jugendlichen sei deren alltägliche Erfahrung direkter Kommunikation, ihre unmittelbare Beteiligung an Diskursen und Aktionen. Die jungen Leute seien nicht mehr auf die klassischen Medien als „gate keeper der Meinungsbildung“ angewiesen und nutzten diese immer weniger. Außerdem vollziehe sich im digitalen Bereich, in den sozialen Medien, bei Apps und Spielen eine Entwicklung weg von der verbalen und textbasierten Kommunikation, hin zu audiovisuellen Codes. Das verändere auch das Lernverhalten, die Aneignung von Wissen. Darauf müssten Institutionen wie die Bundeszentrale für politische Bildung eingehen.

### **„Gaming-Szene bestimmt den Alltag“**

Seit den 2000er-Jahren habe die Bundeszentrale sich Gedanken gemacht, wie man insbesondere diejenigen Jugendlichen erreiche, die die klassischen Formen der politischen Bildung nicht wahrnehmen, und habe Strategien entwickelt, mit denen man die Kinder und Jugendlichen in deren eigenen Medienwelten abholen könne. Das sei zum Teil noch der TV-Bereich, aber vor allem die Gaming-Szene, die den Alltag der jungen Leute ganz wesentlich bestimme. Parallel zum Spielen kommunizierten die Mitspieler viel miteinander. Dadurch vermittelten sich beispielsweise sprachliche Schlüsselqualifikationen in Englisch ganz von selbst.

### **„Online-Angebote für Kinder und Jugendliche“**

Die Bundeszentrale habe sich vor acht Jahren entschlossen, ganz stark auf Online-Angebote für Kinder und Jugendliche zu setzen, erzählte Krüger, und sich mit bei den jungen Leuten anerkannten Internet-Stars zusammenzutun. Die Kampagne „Youtuber gegen Nazis“ im Jahr 2013 sei ein überwältigender Erfolg gewesen und habe diese Entscheidung bestätigt. Man habe innerhalb weniger Wochen mehrere Millionen Downloads der produzierten Videos sowie Millionen Kommentare registriert, was das gewählte Format zu einem interaktiven, partizipatorischen Ereignis habe werden lassen. Während die klassischen Medien das nicht wahrgenommen hätten, werde man nach derartigen Kampagnen regelmäßig von Schulen mit Anfragen nach pädagogischen Materialien überrannt.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### **„Auf Gesichter aus der Internetszene setzen“**

Weitere Themenschwerpunkte seien die Erklärung der „Religionswelten des Islams“ und ein Angebot zur Unterscheidung von „fake news und real news“ gewesen. Um nicht an der Zielgruppe vorbei zu produzieren, sei es wichtig, dass Kinder und Jugendliche bei Produktionen in die Themenfindung eingebunden würden, dass man bei Erklärvideos „nicht auf die klassischen Erklärmenschen“ der traditionellen Medien setze, sondern auf bekannte und glaubwürdige Gesichter aus der Internetszene, denen die jungen Leute mehr Vertrauen entgegenbrächten, und dass man die Fülle der Kommentare durch ein fachlich versiertes Redaktionsteam moderiere.

### **„Die tägliche Dosis Politik“**

„Kinder und Jugendliche haben einen Bedarf mitzureden und sich zu positionieren“, sagte Krüger. Dazu biete die Bundeszentrale eine ganze Bandbreite an Formaten und Möglichkeiten an: von dem knappen Überblick und vertiefendem Wissen, ohne dabei lehrmeisterlich aufzutreten, über Mitrede- und Mitmach-Formate bis hin zu dem Schritt, Kinder und Jugendliche als „Ko-Produzenten“ zu beteiligen. Jenseits der klassischen Webseiten biete man einen mobilen Messenger-Service, bei dem sich mittlerweile 30.000 junge Leute ihre „tägliche Dosis Politik“ auf ihr Smartphone schicken ließen. Ebenso lebe das Format des Comics on- wie offline fort. Sämtliche aktuellen Fragen des politischen Diskurses würden da verhandelt.

### **„Sich für Neues öffnen und experimentieren“**

Als Institution wie die Bundeszentrale für politische Bildung müsse man stets bereit sein, sich für Neues zu öffnen und zu experimentieren, um politische Bildung für alle, aber so aufgefächert, anzubieten, dass die unterschiedlichen Zielgruppen sich darin wiederfänden, erklärte Krüger. Neue Angebote müsse man sehr gut durchdenken, zu Fehlern bereit sein, aber auch vorbereitet auf Attacken, sei es von Verschwörungstheoretikern oder aus der rechts- oder linksradikalen Szene. Innerhalb der Angebote der Bundeszentrale lasse man dabei eine breite Kontroverse zu, solange sie sich im durch die Verfassung gesteckten Rahmen bewege. Komme es aber zu beleidigenden Kommentaren etwa auf religiösem Gebiet oder allgemein zu Hasskommentaren, sei es Aufgabe der Bildungsangebote, einzugreifen und dies zu problematisieren. Sei doch die politische Bildungsarbeit ebenso wenig Propaganda für oder gegen etwas wie ein normativer Freiraum des „Anything goes“.

(11/17.06.2020)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/711448/f47a0521a772c916375fd3cf89f12f7c/Wortprotokoll-der-34-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### 1.7. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Inklusive Partizipation“

**Prof. Dr. Isabel Zorn** vom Institut für Medienpädagogik und Medienforschung der Technischen Universität zu Köln wurde am **1. Juli 2020** mittels Videokonferenz angehört.

#### **Expertin fordert Digitalisierung der Behindertenhilfe**

Digitale Medien und Assistenzhilfen sind ein wesentliches Bildungsinstrument für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, weil sie Kommunikationssituationen schaffen und so zur Teilhabe beitragen. So die Schlussfolgerung einer **öffentlichen Expertenanhörung der Kinderkommission (KiKo) am Mittwoch, 1. Juli 2020**. Die Sitzung unter der Leitung von Matthias Seestern-Pauly (FDP) trug den Titel **„Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Inklusive Partizipation“**.

Wie wichtig Medien- und Sprachbildung für Kinder mit Behinderungen sei und welche Rolle dabei sowohl digitale Angebote als auch technische Assistenzsysteme spielten, das unterstrich **Prof. Dr. Isabel Zorn** vom Institut für Medienpädagogik und Medienforschung der Technischen Hochschule in Köln, die als Sachverständige zugeschaltet war.

#### **„Digitale Ungleichheit in der Gesellschaft“**

Solche Bildungsangebote, verbunden mit den technischen Anwendungen, befähigten überhaupt erst zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe. Es gelte, Kinder mit deren Hilfe zu ertüchtigen, sich zu artikulieren und mit eigenen Unsicherheiten umzugehen. Kinder und Jugendliche vor der Sphäre des Digitalen schützen zu wollen, sei dagegen der falsche Weg, mahnte Zorn. „Digitale Medien haben einen hohen Stellenwert für eine selbstbestimmte Lebensführung.“ Leider herrsche eine hohe digitale Ungleichheit in der Gesellschaft. Je höher der Bildungsgrad der Betroffenen und deren Familie, desto stärker nutzten diese digitale Angebote und profitierten von Informationen. Wissenschaftliche Studien belegten den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Hintergrund und digitaler Kompetenz auch bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Leider seien in dieser Gruppe die Defizite noch höher als im Durchschnitt der Bevölkerung.

#### **„Eklatante Wissenskluft“**

Die Wissenskluft zum Durchschnitt der Gesellschaft sei umso eklatanter bei Kindern und Jugendlichen in Betreuungseinrichtungen. Dort seien der Zugang zum Internet und seinen Angeboten und die technische Ausstattung meist „erbärmlich“, und die dort tätigen Fachkräfte böten wenig, um Medienwissen zu vermitteln. „Wer in stationären Wohneinrichtungen lebt, ist noch stärker benachteiligt. Dabei wäre der Auftrag von Einrichtungen, das zu kompensieren, was fehlt.“ Einfachste technische Lösungen würden oft nicht eingesetzt, um beispielsweise Bildtelefonie zwischen Kindern in Heimen und ihren Eltern zu ermöglichen. Oder Beamer beim Vorlesen von Bilderbüchern, weil ein Bilderbuch für eine Gruppe, die im Kreis sitzt, zum Betrachten zu klein ist. Hochwertige Inhalte, die es auch online gebe, müssten bekannter gemacht werden.





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### **Hilfsmittelprodukte meist sehr teuer**

„Wo es besonders wichtig wäre, bekommt man besonders wenig“, stellte Zorn fest. „Wenn aber Assistenzgeräte und digitale Angebote so wichtig sind, dann müssen wir auch die Mittel dafür zur Verfügung stellen“ und Einrichtungen der Behindertenhilfe entsprechend ausstatten: mit Technik, die den Anschluss an die Welt ermögliche und mit Mitarbeitern, die den richtigen Umgang damit vermitteln könnten. Das sei eine Frage der finanziellen Ausstattung und der Ausbildung. Spezielle Assistenzgeräte und digitale, barrierefreie Angebote böten für Behinderte, beispielsweise mit Sehbehinderung, Hörschwäche oder anderen Einschränkungen „große Möglichkeiten“, ob es sich nun um eine Computersteuerung mit der Zunge handele oder eine Smart-Home-Umgebung mit Bodensensoren, die anzeigen, ob jemand im Raum liege. Hilfsmittelprodukte seien allerdings meist sehr teuer. Zorn stellte die kritische Frage, ob dies so sein müsse. „Was unterscheidet die spezifische Assistenztechnik eigentlich von normaler Smart-Home-Technik?“, die sich im Alltag immer weiter verbreite, weil es bequem ist. Egal, ob Sprachassistenten, Smart Watch oder Apps zur Organisation. Die nutze sie auch gerne. Dabei habe ihr noch nie jemand die Diagnose Erinnerungs- oder Konzentrationsschwäche oder Vergesslichkeit gestellt. Aber sobald man eine ärztliche Diagnose habe, stehe man spezifischen, kostenintensiven Assistenzgeräten und Anwendungen gegenüber. Ebenso wie bei Menschen ohne Behinderung dienten solche ganz marktüblichen Hilfsmittel Behinderten zur Simulation und Kompensation mangelnder Sinneserfahrungen und sollten auch Menschen mit Behinderung zur Verfügung stehen.

### **Digitalisierung in dem Bereich der Behindertenhilfe**

Es gelte, Anwendungen und Geräte, die Teilhabe ermöglichen, weil sie Kontakte ermöglichen, das Sprachvermögen fördern oder einfach die Lebensführung erleichtern, zur Verfügung zu stellen. So helfe die mobile App „be my eyes“ mit ihrem weltweiten Netzwerk Sehbehinderten und Blinden dabei, Gegenstände zu erkennen und beispielsweise mit dem Handy auszulesen, ob die Milch im Kühlschrank noch haltbar sei. Zorn empfahl für Kinder mit Behinderung den Zugang zu digitalen Geräten und Inhalten zu fördern sowie Betreuungseinrichtungen technisch besser auszustatten und deren Mitarbeiter entsprechend auszubilden. Der Gesetzgeber müsse die Digitalisierung in dem Bereich der Behindertenhilfe stärker berücksichtigen und die Finanzierung entsprechender Leistungen erleichtern. Warum es Geld für Möbel und andere Einrichtungsgegenstände gebe, aber für Smartphones oder Laptops für die Gruppe keins da sei, frage sie sich. Der Wissenschaft schrieb sie ins Stammbuch, mehr Forschung im Bereich der Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zu betreiben, um die Datenlage zu verbessern. Dazu brauche es allerdings spezielle Förderprogramme auch für die Fachhochschulen. (ll/02.07.2020)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/711450/1b1a8f392a500596e1420f0243f98cb3/Wortprotokoll-der-35-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### 2. Stellungnahme zur Vorsitzzeit



Deutscher Bundestag  
Kommission zur Wahrnehmung  
der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

**Kommissionsdrucksache**  
**19. Wahlperiode**  
**19/09**

Berlin, 15. April 2021

**Matthias Seestern-Pauly, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

**Dienstgebäude:**  
Paul-Löbe-Haus  
Konrad-Adenauer-Str. 1  
10557 Berlin

#### **Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“**

##### **A. Ausgangslage**

Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) hat sich unter dem Vorsitz von Matthias Seestern-Pauly, MdB dem Thema „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ gewidmet. In sieben öffentlichen Sitzungen und einem Vor-Ort Besuch bei Facebook Deutschland wurden Sachverständige aus der Forschung, der Wirtschaft und der Bildungspraxis gehört. Die Kinderkommission bedankt sich bei den Sachverständigen für ihre Expertise und Einsichten.

Die Mitglieder der Kinderkommission konnten sich so über zentrale Leitfragen informieren: Wie kann die Befähigung zur Partizipation von allen Kindern und Jugendlichen – unabhängig von Geschlecht, Bildungsgrad, von ethnischer oder sozialer Herkunft, unabhängig davon, ob sie auf dem Land oder in der Stadt leben, ob mit oder ohne Behinderung und altersgemäß – gefördert werden? Welche Rolle spielen Bildungseinrichtungen – von der Frühkindlichen Bildung an – bei der Partizipation? Welche Erfahrungen mit strukturellen Beteiligungsformen gibt es auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und welche Möglichkeiten bestehen auf Bundesebene? Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf die Möglichkeiten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen?

Die Kinderkommission legt hierbei eine breite Definition von Partizipation zu Grunde, die sich nicht alleine auf die politische Partizipation fokussiert, sondern auch explizit die gesellschaftliche Partizipation mit einbezieht. Die Kinderkommission erkennt an, dass sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-KRK) unter anderem verpflichtet hat, „[...] dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht [zuzusichern],



# Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 2



diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und [...] die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife [zu berücksichtigen] (Art. 12 UN-KRK). Vor diesem Hintergrund legt die Kinderkommission in der vorliegenden Stellungnahme Handlungsempfehlungen vor, wie dieses Recht in der Alltagspraxis und in der Politik auch zukünftig im Sinne der Kinder und Jugendlichen adäquat umgesetzt werden kann.

In diesem Zusammenhang begrüßt die Kinderkommission besonders die Anregungen des Präsidenten des Deutschen Bundestags, Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auch im Parlament zu stärken. Mit Schreiben vom 18. Dezember 2019 hat sich Dr. Wolfgang Schäuble an die Mitglieder der Kinderkommission gewandt, mit der Bitte, das Konzept einer der niederländischen Kinderfragestunde ähnlichen Veranstaltung als „wertvolle Ergänzung“ der bestehenden Angebote für Kinder und Jugendliche im Deutschen Bundestag zu prüfen. Dieser Bitte sind die Mitglieder der Kinderkommission gerne nachgekommen.

In der Folge hat die Kinderkommission ein vom Vorsitzenden Matthias Seestern-Pauly MdB vorbereitetes Eckpunktekonzept für die Umsetzung einer Kinderfragestunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages beschlossen. Die jährlich stattfindende Kinderfragestunde soll es Schülerinnen und Schülern der 7. und 8. Klassenstufe ermöglichen, zuvor eingereichte Fragen an Ministerinnen und Minister zu stellen. Die Kinderkommission begrüßt und unterstützt die Umsetzung dieses Beteiligungsformates ausdrücklich.

In dieser Stellungnahme der Kinderkommission werden im Folgenden die Erkenntnisse und Forderungen der Kinderkommission entlang der oben genannten Leitfragen dargelegt. Die Wortprotokolle der Sitzungen sind jederzeit online abrufbar.

## **B. Bearbeitung und Forderungen der Kinderkommission**

### **Wie kann die Befähigung zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung gefördert werden?**

Laut der vom Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, zitierten JIM Studie gibt es seit dem Jahr 2019 praktisch keine „Offliner“ mehr.<sup>1</sup> Kinder und Jugendliche

---

<sup>1</sup> Vgl. JIM-Studie 2020: [https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2020/JIM-Studie-2020\\_Web\\_final.pdf](https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2020/JIM-Studie-2020_Web_final.pdf); Wortprotokoll der 34. Sitzung der Kinderkommission am 17.06.2020.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 3



haben in den allermeisten Fällen Zugang zu internetfähigen Geräten und dem Internet. In der 34. Sitzung der Kinderkommission stellte Herr Krüger zudem fest, dass sich die Art der Kommunikation von textbasiertem Austausch hin zu audio-visuellen Formen verlagert. Für die jüngere Generation gebe es keinen Unterschied zwischen dem analogen und dem digitalen Alltag.

Der Alltag von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sieht leider oft anders aus. Prof. Dr. Isabel Zorn von der TH Köln führte aus, dass besonders in diesem Bereich ein enormes Potenzial für die Verbesserung der Teilhabe, Selbstständigkeit und Lebensqualität von Menschen mit Behinderung stecke. Dennoch sei der Zugang zu Breitband-WLAN und digitalen Endgeräten besonders in Formen der stationären Wohnformen unzureichend.

Digitale Lösungen, die viele Menschen in ihrem Alltag als selbstverständlich ansehen (bspw. Sprachassistenten, App-Steuerung im Haushalt), böten Menschen mit Behinderung große Möglichkeiten für mehr Autonomie und Selbstbestimmung.

Die Kinderkommission hat mit Interesse verfolgt, welche Erleichterungen sogenannte Assistive Technologien in den konkreten Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen bedeuten können. Besonders im Vergleich zu derzeit als Hilfsmittel im Sinne des Hilfsmittelverzeichnis als erstattungsfähig ausgewiesenen technischen Lösungen, scheint manche heutzutage auf dem Markt zu einem Bruchteil des Preises verfügbare Option häufig zumindest gleichwertig zu sein.

Insgesamt stellt die Kinderkommission fest, dass es an einer belastbaren wissenschaftlichen Forschungslage zum Thema digitale Medienbildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, aber auch von Erwachsenen mit Behinderungen im Allgemeinen mangelt.

Die Kinderkommission

- unterstreicht das Potenzial digitaler Möglichkeiten für die Verbesserung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung,
- fordert, eine angemessene Infrastruktur (WLAN, Basis-Geräte) in Wohnformen für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung bereitzustellen und einen verlässlichen rechtlichen Rahmen für die Durchführung digitaler Kommunikation (z.B. Videokonferenzen) zu schaffen,



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 4



- fordert eine Förderung und Ausweitung der Forschung mit Bezug zu Potenzialen der Teilhabe und Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung,
- fordert, Risiken anzuerkennen, aber nicht als Ausschlusskriterium anzusehen, da digitale Medien und Kommunikation Interaktionsräume schaffen, welche für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe bedeuten,
- fordert eine Informationskampagne für Fachkräfte der Sozialen Arbeit bezüglich der Potenziale digitaler Hilfsmittel zur Verbesserung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung,
- fordert die GKV auf, Kostenübernahmen niedrighschwelliger, digitaler Hilfsmittel für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ernsthaft zu prüfen,
- fordert, Peer-to-Peer-Mentoring-Programme von Kindern und Jugendlichen sowie Fachkräften für andere Kinder und Jugendliche mit Behinderung sowie Fachkräfte modellhaft zu fördern,
- fordert Schritte zur stärkeren Einbindung von Freiwilligennetzwerken bei der Beratung und Umsetzung bezüglich digitaler Werkzeuge in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung.

### **Welche Rolle spielen Bildungseinrichtungen – von der Frühkindlichen Bildung an – bei der Partizipation?**

Die Kinderkommission stellt fest, dass den Bildungseinrichtungen beim Ermöglichen von Selbstwirksamkeit und dem Einüben von Partizipation und Teilhabe neben der Familie eine zentrale Rolle zukommt.

Bereits in der Frühkindlichen Bildung ist die Erfahrung der Selbstwirksamkeit ein zentrales Element partizipativer Gestaltung. Hier sind es insbesondere partizipative pädagogische Konzepte, wie z. B. die freie Wahl von Spiel- und Funktionssituationen, die Kindern die Erfahrung ermöglichen: „Meine Meinung wird gehört und ich habe die Möglichkeit, auf meine Umgebung einzuwirken.“ Dabei ist es wichtig, dass Elemente der Partizipation in Alltagserleben, -regeln und -routinen der Kinder eingebunden sind und nicht nur punktuelle Partizipation stattfindet.

Die Kinderkommission erkennt an, dass Partizipation als pädagogisches Handlungsprinzip auch in der Kita zur Gewaltprävention





# Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 5



beitragen kann. Durch Partizipation werden die Kommunikations- und Konfliktfähigkeit von Kindern erlernt und gestärkt. Die Partizipation als Handlungskonzept in der Frühkindlichen Bildung erfüllt so eine wichtige Rolle bei der sozialen Entwicklung.

Im Rahmen der verpflichtenden Qualitätsentwicklung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe können ältere Kinder ebenfalls mit einbezogen werden. Die Kinderkommission begrüßt Formate der Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe, die den jungen Adressatinnen und Adressaten die Möglichkeit der altersangemessenen Mitwirkung geben.<sup>2</sup>

Der Ansatz der Partizipation gewinnt für Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter an zusätzlicher Bedeutung. Der Lernort Schule zeichnet sich in diesem Zusammenhang dadurch aus, dass durch den verpflichtenden Besuch alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Bei schulpflichtigen Kindern gewinnen strukturelle Formate der Partizipation an Schulen an Bedeutung. Die Kinderkommission unterstreicht nachdrücklich, dass bereits ab der ersten Klassenstufe die Partizipation von Schülerinnen und Schülern in Form von Klassen- und Schülervertretungen bis hin zu Schülervollversammlungen ein erfolgreiches Element zur Stärkung der Partizipation ist.<sup>3</sup>

Eine Beteiligung der höheren Klassenstufen an der Ausgestaltung der Vermittlung der Unterrichtsinhalte sowie an der selbstständigen Arbeit in Gruppen und an Projekten, fördert nicht nur die Mitwirkung, sondern stellt auch einen wichtigen Moment des Gelingens für das pädagogische Personal dar. Dennoch sind der Partizipation und der Mitbestimmung durch den Bildungsauftrag auch Grenzen gesetzt. Um neben der Vermittlung von Wissen ein hohes Maß an Partizipation und Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler im Sinne des Bildungsauftrages der Schulen zu ermöglichen, begrüßt die Kinderkommission den Ausbau von Ganztagsangeboten ausdrücklich. Ganztagsangebote in Schulen eröffnen zusätzliche Freiräume im Schulalltag, um partizipative Elemente für Kinder und Jugendliche zu stärken.

Die Kinderkommission

- begrüßt und unterstützt Partizipation als wichtiges pädagogisches Handlungsprinzip in der Frühkindlichen und schulischen Bildung.

---

<sup>2</sup> Vgl. ebd.

<sup>3</sup> Vgl. Wortprotokoll der 32. Sitzung der Kinderkommission am 13.05.2020



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 6



- fordert die altersangemessene Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die verpflichtende Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe,
- setzt sich für eine Stärkung der Stellung von partizipativen Handlungsprinzipien in der Ausbildung von Fachkräften in der Frühkindlichen Bildung sowie Pädagoginnen und Pädagogen ein,
- fordert einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, der Freiräume für partizipatives Alltagserleben anregt und ermöglicht.

Die Kinderkommission erkennt an, dass die Digitalisierung des Bildungswesens auch neue Zugänge zu Teilhabe und Partizipation bedeutet. Digitale Lern- und Lehrangebote bieten neue Möglichkeiten, allen Kindern und Jugendlichen Zugang zu Lernangeboten zu ermöglichen. Viele Pädagoginnen und Pädagogen haben dies insbesondere während der Corona-Pandemie Tag für Tag eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dennoch ist offenbar geworden: Digitales Lernen stellt das Bildungswesen noch immer vor enorme Herausforderungen.

Dabei bietet der Einsatz digitaler Lern- und Lehrangebote große Chancen für einen partizipativeren Unterricht, der die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen widerspiegelt. Die Kinderkommission unterstreicht daher die Dringlichkeit, mit der die Digitalisierung des Bildungswesens entscheidend vorangebracht werden muss. Dies umfasst u. a. Investitionen in die Infrastruktur, Softwarelösungen, Wartung von IT-Systemen sowie Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte.

Die Kinderkommission

- fordert, die digitale Infrastruktur im Bildungswesen flächendeckend bereitzustellen und entscheidend zu stärken,
- fordert den Einsatz digitaler Lern- und Lehrangebote in Ergänzung zu und Abstimmung auf den lehrerzentrierten Präsenzunterricht systematisch zu entwickeln und zu fördern,
- fordert den Zugang aller Kinder und Jugendlichen zu digitalem Lernen,
- fordert ausreichend Fort- und Weiterbildungsangebote für Pädagoginnen und Pädagogen zu digitalem Unterricht.



# Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 7



## Welche Erfahrungen mit strukturellen Beteiligungsformen gibt es auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und welche Möglichkeiten bestehen auf Bundesebene?

Die Kinderkommission ist der Überzeugung, dass die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ein Gelingensfaktor der Kommunalpolitik ist.<sup>4</sup> Die Teilhabe der jungen Generation an Gesellschaft und Politik ist insbesondere für junge Familien ein wichtiger Aspekt. Dabei ist die Ausgestaltung der Partizipation so vielfältig wie die Kommunen und Lebenswirklichkeiten der jungen Generation. Aus Sicht der Kinderkommission gibt es begrüßenswerte Initiativen, welche eine Stärkung von vergleichbaren Handlungsempfehlungen für die Partizipation in den Kommunen verfolgen. Die Kinderkommission unterstützt in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Ansatz des „Kinderfreundliche Kommune e.V.“, welcher die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen gemäß der UN-Kinderrechtskonvention bekannt macht und Kommunen bei der Umsetzung dieser Beteiligungsrechte beratend zur Seite steht.<sup>5</sup> Ein transparent und regelmäßig neu erworbenes Siegel als „Kinderfreundliche Kommune“ schafft Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit.

Auch hier gilt, dass die Alltagserfahrung zentral ist. Daher sind strukturelle Lösungen von großer Wichtigkeit. Projektbezogene, punktuelle Beteiligung kann ein Baustein der Beteiligung auf kommunaler Ebene sein (z.B. die Ausgestaltung eines Spielplatzes), aber Verlässlichkeit im Sinne des Aufbaus von Beteiligungsstrukturen ist von großer Bedeutung.

Die Kinderkommission erkennt daher die strukturelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Gelingensfaktor kinderfreundlicher Kommunalpolitik an<sup>6</sup> und teilt vor diesem Hintergrund die Einschätzung der Kommune als „Kinder- und Jugendzentrum der Demokratie“.<sup>7</sup>

Dies ist auch im Bereich der Kinder- und Jugendparlamente in den Kommunen und auf Landesebene festzuhalten. Die Studie „Vita gesellschaftlichen Engagements“ des Deutschen Kinder-

---

<sup>4</sup> Vgl. Wortprotokoll der 29. Sitzung der Kinderkommission am 12.02.2020, Sebastian Schiller (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerks)

<sup>5</sup> Vgl. Wortprotokoll der 31. Sitzung der Kinderkommission am 06.05.2020, Dominik Bär (Geschäftsführer Kinderfreundliche Kommunen e.V.)

<sup>6</sup> Vgl. Wortprotokoll der 31. Sitzung der Kinderkommission am 06.05.2020, Thomas Juhl (Leiter der Geschäftsstelle Kinder- und Jugendparlament beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin)

<sup>7</sup> Vgl. Wortprotokoll der 29. Sitzung der Kinderkommission am 12.02.2020, Sebastian Schiller (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerks)





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 8



hilfswerks (DKHW) belegt den positiven Zusammenhang zwischen der Teilnahme Beteiligungsverfahren in Kindheit und Jugend und zivilgesellschaftlichem Engagement im Erwachsenenalter.<sup>8</sup>

Die häufig geäußerte Befürchtung, dass durch Kinder- und Jugendparlamente nur eine eingeschränkt diverse Gruppe von Kindern und Jugendlichen erreicht wird, kann die Kinderkommission nicht bestätigen. Laut einer Studie des DKHW sind die über 500 Kinder- und Jugendparlamente im Bundesgebiet in Bezug auf Bevölkerungsschnitt und Sozialmilieus repräsentativer als die gewählten Erwachsenenparlamente.<sup>9</sup>

Die Kinderkommission begrüßt die Prüfung einer Absenkung des Wahlalters durch die Wahlrechts-Reformkommission (§ 55 BWahlG). Grundsätzlich begrüßt die Kinderkommission verlässliche Rahmenbedingungen der strukturellen Förderung politischer Partizipation.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die Kinderkommission die Bitte von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, die Umsetzung einer Kinderfragestunde im Bundestag nach niederländischem Vorbild zu prüfen. Die Mitglieder der Kinderkommission sind dieser Bitte des Bundestagspräsidenten gerne nachgekommen und haben ein Eckpunktepapier des Vorsitzenden zur Umsetzung der Kinderfragestunde einstimmig beschlossen.

Das Eckpunktepapier sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Jahrgangsstufen in der Kinderfragestunde die Mitglieder der Bundesregierung befragen können. Der Rahmen der Kinderfragestunde ist somit an die reguläre Regierungsbefragung angelehnt. Alle Schulen in Deutschland sind zur Teilnahme aufgerufen. Die an der Kinderfragestunde teilnehmenden Klassenverbände können im Plenarsaal ihre Fragen an die Bundesregierung stellen.

Die Kinderkommission ruft dazu auf, eine erste Durchführung der Kinderfragestunde im Jahr 2022 auf Grundlage des einstimmig von der Kinderkommission beschlossenen Eckpunktekonzepes zu ermöglichen.

Es ist ein Anliegen der Kinderkommission, auch weiterhin die Offenheit und Nähe des Parlamentarismus zu Kindern und Jugendlichen zu pflegen.

---

<sup>8</sup> [https://digital.zlb.de/viewer/api/v1/records/15880505/files/pdf/dkhw\\_studie\\_engagement.pdf](https://digital.zlb.de/viewer/api/v1/records/15880505/files/pdf/dkhw_studie_engagement.pdf)

<sup>9</sup> [https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1\\_Unsere\\_Arbeit/1\\_Schwerpunkte/3\\_Beteiligung/3.11\\_Studie\\_Beteiligungsrechte/Studie\\_Beteiligungsrechte\\_von\\_Kindern\\_und\\_Jugendlichen.pdf](https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/3_Beteiligung/3.11_Studie_Beteiligungsrechte/Studie_Beteiligungsrechte_von_Kindern_und_Jugendlichen.pdf)



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 9



### Die Kinderkommission

- fordert einen strukturellen Austausch von Bund, Ländern und Kommunen über die Bedeutung von Kinder- und Jugendbeteiligung,
- fordert die Evaluation wirksamer Handlungsempfehlungen für die Beteiligung von jungen Menschen auf kommunaler Ebene sowie Landes- und Bundesebene,
- regt an, ehrenamtliche Ansprechpersonen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Kommunen und Bundesländern zu benennen und fordert, die Einrichtung einer „Bundesstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung“ als Vernetzungsangebot für die bereits bestehenden Landesstellen zu prüfen,
- fordert die schnellstmögliche Umsetzung der „Kinderfragestunde“ im Deutschen Bundestag basierend auf dem von der Kinderkommission einstimmig beschlossenen Eckpunktepapier,
- begrüßt, dass die Reformkommission nach § 55 des Bundeswahlgesetzes sich mit der Frage eines Wahlrechts ab 16 Jahren befasst,
- ruft dazu auf, erfolgreiche Programme wie „Jugend und Parlament“ (JuP) weiterhin bekannt zu machen und unterstreicht nachdrücklich die Bedeutung von Initiativen des Jugendaustausches wie bspw. des Parlamentarischen Patenschaft Programms (PPP).

### **Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf die Möglichkeiten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen?**

Kinder und Jugendliche wachsen mit der digitalen Welt als normalem Alltagserleben auf. Erster Referenzpunkt ist in den meisten Fällen die Familie. Der Umgang der Eltern oder Bezugspersonen mit digitalen Geräten und Medien (bspw. über Interaktion mit dem Smartphone) sind ebenso prägend wie die analoge Erfahrung, in Entscheidungen angemessen mit eingebunden zu sein.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 10



Alles ist digital, alles ist analog: Für die junge Generation existieren die digitale und analoge Welt nebeneinander.<sup>10,11</sup> Daher bedeutet Partizipation selbstverständlich auch Partizipation an der digitalen Alltagswelt. Eine wichtige Grundlage bildet in diesem Zusammenhang die UN-Kinderrechtskonvention und hier besonders die Artikel 13 (Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit) und Artikel 17 (Zugang zu Medien). Es ergibt sich daraus der Auftrag, Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an der digitalen Alltagswelt ebenso zu ermöglichen wie die Berücksichtigung der Meinung von Kindern und Jugendlichen in der analogen Welt.

Die Digitalisierung führt bei der Beteiligung und Meinungsbildung zu einer qualitativen Verschiebung: Durch die Möglichkeiten direkter Kommunikation über digitale Kanäle findet die Meinungsbildung unmittelbar in den jeweiligen digitalen Räumen statt und nicht mehr über eine „Gatekeeper“-Funktion, wie dies beispielsweise bei analogen Medien mit redaktionellen Inhalten der Fall ist. Ebenso ist eine Verschiebung weg von textbasierten Inhalten hin zu audio-visuellen Inhalten zu beobachten.

Vor diesem Hintergrund bleibt die Medienbildung aus Sicht der Kinderkommission das wichtigste Mittel, um einen kompetenten Umgang mit der digitalen Alltagswelt zu fördern.

Der erste Lernort für den Umgang mit digitalen Medien ist in der Regel die Familie. Die Nutzung von digitalen Geräten (z.B. Smartphones) oder Produkten (z.B. Videoportale und Sprachassistenten) wird zuerst durch die Eltern (vor)gelebt. Um sich einen Überblick über die angebotenen Produkte zu verschaffen, hat die Kinderkommission Experten von Google, YouTube und Facebook gehört.

Die Kinderkommission erkennt an, dass Anbieter digitaler Produkte Schritte unternehmen, um technischen Jugendschutz und Aufklärung der Eltern zu betreiben. Die Kinderkommission mahnt jedoch an, dass die Wirksamkeit dieser Schritte auch nachvollziehbar und überprüfbar sein muss und im Einklang mit den gesetzlichen Regeln für den Kinder- und Jugendmedienschutz stehen muss.<sup>12</sup>

Die Kinderkommission fordert eine enge Kooperation von Anbietern und Politik im Bereich der Medienbildung, um der Tatsache

---

<sup>10</sup> Vgl. Wortprotokoll der 34. Sitzung der Kinderkommission am 17.06.2020, Thomas Krüger

<sup>11</sup> [https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2019/JIM\\_2019.pdf](https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2019/JIM_2019.pdf)

<sup>12</sup> Vgl. Wortprotokoll der 33. Sitzung der Kinderkommission am 27.05.2020, Sabine Frank (Head of Government Affairs and Public Policy DACH/CEE, YouTube) / Anika Lampe (Public Policy and Government Relations Senior Analyst, Google)



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 11



Rechnung zu tragen, dass das Nutzen digitaler Produkte in der heutigen Gesellschaft faktisch unausweichlich ist. Die Förderung von Medienbildung mit dem Ziel der Medienkompetenz in Familien kann durch eine solche Kooperation entscheidend gestärkt werden.

Die Kinderkommission fordert zudem eine Verankerung von Medienbildung als Querschnittsthema für Fachkräfte der Frühkindlichen Bildung, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Fachkräften in der Sozialen Arbeit. Ziel muss es sein, dass diejenigen Fachkräfte, die unmittelbar mit Kindern und Jugendlichen – mit und ohne Behinderung – arbeiten, digitale Möglichkeiten als Werkzeug für die Verbesserung der täglichen Arbeit kennenlernen. Die Digitalisierung ist hier kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, dessen Potenzial noch selbstverständlicher vermittelt werden muss. Insbesondere im Bereich der Frühkindlichen Bildung bedeutet dies vor allem die kompetente und partnerschaftliche Begleitung und Beratung von Erziehungsberechtigten.

Die Rolle des Internets bei der Meinungsbildung und dem Anstoßen gesellschaftlicher Debatten, wie bspw. „MeToo“, hat in den letzten Jahren zugenommen.<sup>13</sup> Dies wirkt sich auch auf die Arbeit im Bereich der politischen Bildung aus.

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, führte aus, wie sich die politische Bildung im Internet verändert.<sup>14</sup> Besonders zwei Faktoren bedingen hier eine Neuausrichtung der politischen Bildungsarbeit: Die digitale Alltagswelt ist im Leben von Kindern und Jugendlichen fest verankert, und die Rezeption von Inhalten verlagert sich hin zum Audio-Visuellen. Zusammen mit den Möglichkeiten der direkten Kommunikation hat dies zur Folge, dass vermehrt Formate mit Influencern und sogenannten „credible peers“ realisiert werden. So sind Projekte wie „YouTuber gegen Nazis“ oder „Begriffswelten des Islam“ mit der Beautybloggerin Hatice Schmidt als erfolgreiche und reichweitenstarke Beispiele zu nennen. Dabei ist diese Entwicklung eingebettet in das bereitere Prinzip, Kinder und Jugendliche auf verschiedenen Kanälen zu erreichen (TV-Kooperationen aber auch Printmedien). Durch das Internet hat sich die Rolle von Medienwelten als Alltagswelten noch einmal verstärkt, da dort Kinder und Jugendliche zu „Co-Produzenten“ werden, anstatt dargebotene Medien lediglich zu konsumieren. Die Kinderkommission sieht problematische Entwicklungen wie

---

<sup>13</sup> Vgl. Wortprotokoll der 33. Sitzung der Kinderkommission am 27.05.2020, Sabine Frank (Head of Government Affairs and Public Policy DACH/CEE, YouTube) / Anika Lampe (Public Policy and Government Relations Senior Analyst, Google)

<sup>14</sup> Vgl. Wortprotokoll der 34. Sitzung der Kinderkommission am 17.06.2020, Thomas Krüger





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 12



Filterblasen oder Echokammern als besonderen Hinweis darauf, dass die Bedeutung des kompetenten Umgangs mit digitalen Medien eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Neben der Veränderung der Partizipation am gesellschaftlichen und politischen Diskurs durch die Digitalisierung hat sich die Kinderkommission auch über die Auswirkungen digitaler Möglichkeiten auf die konkrete politische Partizipation und politischen Aktivismus informiert.

Hierbei zeigt sich einmal mehr: Die Digitalisierung ist ein nützliches Werkzeug, das aber nicht automatisch zu mehr politischem Engagement führt.<sup>15</sup>

Die Möglichkeit der direkten Kommunikation erleichtert jedoch den Erstzugang von Kindern und Jugendlichen zu Vernetzung und politischem Engagement. Die sogenannte „ePartizipation“, die digitale Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, hat den Vorteil, dass sie zeit- und ortsunabhängig ist. Problematisch ist jedoch, dass der Aufwand für diese Form der Partizipation häufig vor Ort unterschätzt wird. Denn auch bei digitalen Beteiligungsformaten gilt: Die erste, punktuelle Ansprache muss durch einen dauerhaften Prozess fortgeführt werden. Hierfür sind Personal und Ressourcen notwendig, um Beteiligungsformate zu warten, zu moderieren und dynamisch an veränderte Ausgangslagen anzupassen. Die Kinderkommission erkennt an, dass in der derzeitigen Förderlogik für Projekte der digitalen Partizipation oftmals ein Scheitern oder flexibles Ausgestalten zu wenig Berücksichtigung findet.<sup>16</sup> So ist es ein Merkmal digitaler Formate, dass sich deren Entwicklung nicht immer im Sinne eines Förderantrages abschließend beschreiben lässt. Auch die Möglichkeit des Scheiterns eines Projektes im Sinne des Ausprobierens neuer digitaler Formate ist in der Förderlogik bislang nur unzureichend abgebildet.

Insgesamt hält die Kinderkommission fest, dass digitale Beteiligungsformate die Ansprache von Kindern und Jugendlichen erleichtern und für projektbezogene Partizipation Vorteile bergen. Für eine dauerhafte, strukturelle Beteiligung sind analoge Formate und Treffpunkte wie bspw. Jugendzentren jedoch weiterhin unerlässlich.

---

<sup>15</sup> Vgl. Wortprotokoll der 30. Sitzung der Kinderkommission am 11.03.2020, Tim Schrock (Projektkoordinator des Projekts „jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation“ vom Deutschen Bundesjugendring)

<sup>16</sup> Vgl. ebd.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 13



Die Kinderkommission sieht hier ein großes Potenzial, mithilfe digitaler Werkzeuge an die in Deutschland ausgeprägte Vereins-tradition anzuknüpfen.<sup>17</sup> Das Aufkommen neuer Vereine, wie z.B. „Makerspaces“, die Digitales mit analogem Vereinsleben kombinieren, begrüßt die Kinderkommission ebenso wie die Unterstützung bestehender Vereinsstrukturen bei der Einbeziehung digitaler Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang begrüßt die Kinderkommission ausdrücklich die Gespräche des Bundesmi-nisteriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Deutschen Bundesjugendring, um die Arbeit von Kinder- und Ju-gendparlamenten durch digitale Tools zu unterstützen.

### Die Kinderkommission

- erkennt an, dass die digitale und analoge Alltagswelt fester Bestandteil im Erleben von Kindern und Jugendlichen sind und fordert, die Förderung von Demokratie-, Medien- und Quellenkompetenz konzeptionell und finanziell zu stärken,
- fordert eine engere Kooperation mit Anbietern digitaler Produkte sowie sozialer und pädagogischer Einrichtungen, um Medienbildung innerhalb der Familien zu fördern,
- fordert die Anbieter digitaler Produkte auf, die Wirksamkeit von technischem Jugendschutz und Angeboten zur Medienbildung von Erziehungsberechtigten überprüfbar zu machen und weiter zu stärken,
- fordert die Anbieter digitaler Produkte auf, Möglichkeiten der Altersverifizierung zu entwickeln, die die anonyme oder pseudonyme Nutzung digitaler Angebote sicherstellt,
- fordert die Verankerung von Medienbildung und Nutzung digitaler Werkzeuge als Querschnittsthema in der Ausbildung von Fachkräften der Frühkindlichen Bildung, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Fachkräften in der Sozialen Arbeit,
- fordert die Überprüfung der Anwendbarkeit bestehender Förderungen im Hinblick auf die besondere Dynamik digitaler Partizipationsformate. Die Förderlogik soll dahingehend geprüft werden, inwiefern ergebnisoffene Projekte

---

<sup>17</sup> Vgl. Wortprotokoll der 30. Sitzung der Kinderkommission am 11.03.2020, Tim Schrock (Projektkoordinator des Projekts „jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation“ vom Deutschen Bundesjugendring)





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Seite 14



und Experimentierfelder der digitalen Partizipation ermöglicht werden können,

- fordert Angebote der Digitalisierung auch für analoge Vereine zu fördern, um die digitalen Möglichkeiten für die analoge Vereinsarbeit nutzbar zu machen.

Matthias Seestern-Pauly, MdB



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### **3. Die Arbeit der Kinderkommission unter Coronabedingungen**

Der Deutsche Bundestag und damit die Kinderkommission waren geprägt durch den Beginn der Corona-Pandemie mit dem starken Anstieg der Infektionszahlen. Somit war die Kinderkommission unter dem Vorsitz von Herrn Matthias Seestern-Pauly, MdB, gezwungen, das gewohnte Sitzungsgehehen auf die neuen Begebenheiten anzupassen. Dies führte dazu, dass aufgrund der anfänglichen Unsicherheiten die Kinderkommission beschlossen hat, die Sitzungen am 25. März und 22. April 2020 nicht stattfinden zu lassen. So sollte zunächst Zeit gewonnen werden, mit der neuen Pandemielage umzugehen und den Sitzungsbetrieb auf digitale Formate umzustellen. Die 31. und 32. Sitzung am 6. und 13. Mai 2020 fanden aufgrund noch fehlender digitaler Infrastruktur daher zunächst noch nichtöffentlich statt. Ab der 33. Sitzung am 27. Mai 2020 wurden die Sitzungen jedoch wieder öffentlich mit verringerter Besucherzahl auf der Besuchertribüne im Sitzungssaal durchgeführt und die Sachverständigen und Bürgerinnen und Bürger konnten sich mittels Videokonferenz zuschalten.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Corona-Pandemie sowie zahlreicher Zuschriften in diesem Zusammenhang befasste sich die Kinderkommission in mehreren Sitzungen mit der aktuellen Situation von Kindern und Jugendlichen angesichts der zur Bekämpfung der Pandemie umgesetzten Einschränkungen. Die Mitglieder der Kinderkommission haben dies zum Anlass genommen, die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen in mehreren Sitzungen zu diskutieren, Vertreterinnen und Vertreter des Landesschülerausschusses Berlin einzuladen und eine entsprechende Pressemitteilung (siehe Anlagen) zu veröffentlichen.

Darüber hinaus informierten sich die Mitglieder bei der Kultusministerkonferenz und Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder über die Lage und Perspektiven bei der Wiederaufnahme des Betriebs von Schulen und Kindertageseinrichtungen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### 4. Red Hand Day am 11. Februar 2020

Am 11. Februar 2020 führte die Kinderkommission die Aktion „Rote Hand“ auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes durch, zu der die Abgeordneten und Fraktionen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Angehörigen der Bundestagsverwaltung eingeladen wurden.



Deutscher Bundestag  
Kommission zur Wahrnehmung  
der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

Der Vorsitzende

An die Mitglieder des  
Deutschen Bundestages sowie  
deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der  
Fraktionen sowie  
die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der  
Verwaltung

---

Berlin, 5. Februar 2020

**Matthias Seestern-Pauly, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

**Dienstgebäude:**  
Paul-Löbe-Haus  
Konrad-Adenauer-Str. 1  
10117 Berlin

#### Minderjährige sind keine Soldaten!

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in einer Vielzahl von Ländern werden Minderjährige als Kindersoldat\*innen missbraucht. Sie erfahren schon in jungen Jahren Unvorstellbares. Sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten. Kindersoldat\*innen werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Gegen diese schrecklichen Formen der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wollen wir auch in diesem Jahr ein Zeichen setzen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages lädt Sie daher am

**Dienstag, dem 11. Februar 2020  
von 13.30 bis 15.30 Uhr**

**auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes**

zur **Aktion Rote Hand** ein, bei der Sie Ihren roten Handabdruck als Zeichen gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen als Soldaten zeigen können.

Die gesammelten roten Handabdrücke wollen wir der UN-Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Virginia Gamba, als Signal des Deutschen Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Seestern-Pauly, MdB



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

Auf der Webseite des Deutschen Bundestages wurde die Aktion mit folgendem Artikel begleitet:

### Stopp-Signale gegen den Einsatz von Kindersoldaten



Die Mitglieder der KiKo: von links Johannes Huber (AfD), Susann Rüttrich (SPD), Matthias Seestern-Pauly (FDP), Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen), Norbert Müller (Die Linke); nicht auf dem Foto aber beim Red-Hand-Day mit dabei war Bettina M. Wiesmann (CDU/CSU) © DBT/Melde

Weltweit werden nach Schätzungen der Vereinten Nationen zwischen 250.000 und 300.000 Kinder in bewaffneten Konflikten als Soldaten, Spione, Nachrichtenübermittler oder Träger missbraucht. Eine alarmierende Situation. Die **Kinderkommission des Deutschen Bundestages (KiKo)** hat Abgeordnete aller Fraktionen sowie Parlamentsmitarbeiter deshalb dazu eingeladen, am Dienstag, dem **11. Februar 2020**, dagegen ein Stopp-Signal zu setzen – mit einem blutroten Handabdruck auf weißem Papier. Hintergrund der Aktion ist der jährlich begangene sogenannte Red Hand Day am 12. Februar 2002

trat an diesem Tag das Fakultativprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention in Kraft, das die Beteiligung von Kindern unter 18 Jahren an bewaffneten Konflikten verbietet.

### „Kinder sind keine Soldaten“

**Matthias Seestern-Pauly (FDP)**, der derzeitige Vorsitzende der Kinderkommission, unterschrieb seinen Handabdruck mit der Zeile „Kinder sind keine Soldaten“, bevor er ihn mit einer Wäscheklammer an eine auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes gespannte Leine klemmte. **Sabine Zimmermann (Die Linke)**, **Vorsitzende des Familienausschusses** und damit des Hauptausschusses der KiKo, forderte auf ihrem Papier „Kinder brauchen Schule und Frieden“.



Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey (SPD) bekennet Farbe gegen den Einsatz von Kindersoldaten. © DBT/Melde

Neben Vertretern aller Fraktionen sowie den Mitgliedern der Kinderkommission bekannte auch **Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey** blutrote Farbe gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Ihre Forderung: „Kindern ihre Kindheit“.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### Höchste Zahl in Myanmar

Nach Angaben der Vereinten Nationen werden Kindersoldaten in über 20 Ländern rekrutiert. Dabei würden sie sowohl für die Zwecke staatlicher Armeen als auch für jene anderer bewaffneter Gruppierungen in Kampfhandlungen entsandt werden. In Myanmar wird mit geschätzten mehreren Zehntausend die höchste Zahl der Kindersoldaten vermutet. In Kolumbien soll die Zahl der Missbrauchsfälle bei circa 14.000 liegen. Weitere Konflikte, an denen Minderjährige beteiligt sind, sind etwa jene in Syrien, in Afghanistan, in Somalia oder Mali. Die Folgen des Einsatzes von Kindersoldaten sind verheerend. Neben den akuten lebensbedrohlichen Risiken und körperlichen Verletzungen sehen sich minderjährige Kämpfer vor allem auch schweren und lebenslangen psychischen Schäden, sexueller Gewalt oder Bildungsdefiziten ausgesetzt.

### Mädchen in bewaffneten Konflikten

Nach Ansicht des Deutschen Bündnis Kindersoldaten – ein Bündnis mehrerer Kinderhilfsorganisationen, darunter Unicef – müssten insbesondere Mädchen, die für bewaffnete Konflikte rekrutiert würden, zukünftig stärker öffentlich in den Blick genommen werden. Zwar sei die Datenlage schwer einzuschätzen, man müsse aber davon ausgehen, dass sich der Anteil von Kindersoldatinnen insgesamt zwischen fünf und 20 Prozent bewege, sagte **Lydia Berneburg** von **Unicef**, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen. Für Mädchen sei die Lage vor allem deshalb besonders problematisch, weil sie verstärkt sexueller Gewalt ausgesetzt würden. Zudem seien auch die Reintegrationsprogramme nicht ausreichend auf Mädchen spezialisiert, und oft fiele der Ausstieg aus den Kampfgruppen schwer, weil etwa durch die Geburt von Kindern neue Abhängigkeiten entstünden, so Berneburg. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen für das Jahr 2018 liegt die absolute Zahl verifizierter Mädchen in bewaffneten Konflikten mit 351 in Nigeria derzeit weltweit am höchsten. Im Bundestag fand die Aktion Rote Hand auf Einladung der KiKo in diesem Jahr zum siebten Mal statt. Die gesammelten Handabdrücke sollen später der **Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Kinder und bewaffnete Konflikte, Virginia Gamba**, zugeleitet werden. (ste/11.02.2020)

## 5. Eckpunkte für die Einführung einer Kinderfragestunde im Deutschen Bundestag

Die Kinderkommission befasste sich in mehreren Sitzungen mit Überlegungen zur Einführung einer Kinderfragestunde im Plenum des Deutschen Bundestages.

Im Jahr 2018 fand im Plenarsaal der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments erstmals eine sogenannte „Kinderfragestunde“ statt, bei der Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klassenstufe zuvor eingereichte Fragen an Ministerinnen und Minister bzw. Staatssekretärinnen und Staatssekretäre stellen konnten.





## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

Angesichts einer entsprechenden Anregung eines Mitglieds des Bundestages hat der Präsident des Deutschen Bundestages sich mit Schreiben vom 18. Dezember 2019 an die Kinderkommission gewandt und angeregt, dass diese darüber berät, ob eine der niederländischen Kinderfragestunde ähnliche Veranstaltung eine wertvolle Ergänzung der bestehenden Angebote für Kinder und Jugendliche im Deutschen Bundestag sein könnte.

Am 14. Februar 2020 hat der Vorsitzende der Kinderkommission, Matthias Seestern Pauly, MdB, in einem Gespräch mit dem Präsidenten erste Überlegungen für ein derartiges Format dargestellt. Als ein Ergebnis aus diesem Gespräch hat der Vorsitzende bei Bundesministerin Dr. Franziska Giffey für Unterstützung dieses Vorhabens geworben. Diese hat am 6. März 2020 signalisiert, dass sie für ein solches Format zur Verfügung stünde.

Vor diesem Hintergrund verabschiedete die Kinderkommission am 17. Juni 2020 Eckpunkte zur Umsetzung des Konzepts einer Kinderfragestunde. Diese sehen im Kern vor, ein Format zu schaffen, in dem Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klassenstufe Fragen an die Bundesregierung stellen können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen vorab in einem schriftlichen Bewerbungsverfahren durch die Kinderkommission ausgewählt werden. Das Format soll eine Ergänzung zu anderen Formaten der politischen Bildungsarbeit des Bundestages sein und im Plenum stattfinden.

### **6. Gesprächstermin der Kinderkommission bei Facebook am 4. März 2020**

Am 4. März 2020 trafen sich die Mitglieder der Kinderkommission bei Facebook, um sich mit ihren Gesprächspartnern, Herrn Johannes Baldauf (Public Policy Manager) und Herrn Stefan Meister (Politics & Government Outreach Manager), über die digitale Partizipation von Kindern und Jugendlichen auszutauschen. Dieser Vor-Ort-Termin sollte den Mitgliedern ein besseres Verständnis über die unterschiedlichen Formen, Möglichkeiten und Potentiale digitaler Partizipation verschaffen. Der Besuch bei Facebook sollte der Auftakt weiterer Vor-Ort-Termine u. a. bei Google oder der Rütli-Schule sein, jedoch mussten diese aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.

### **7. Öffentlichkeitsarbeit**

Die Pressemitteilungen können den Anlagen entnommen werden.

Matthias Seestern-Pauly, MdB



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---

### 8. Anlagen (Pressemitteilungen)

Anlage 1



Deutscher Bundestag

#### Pressemitteilung

#### Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar 2020

Berlin, 10. Februar 2020

**Herausgeber:**  
Kommission zur Wahrnehmung der  
Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

Unheilbar schwer erkrankte Kinder zu begleiten und ihre Familien zu unterstützen, das ist die Aufgabe, der sich die Kinderhospizarbeit verschrieben hat.

Anlässlich des „Tags der Kinderhospizarbeit“ am 10. Februar spricht die Kinderkommission des Deutschen Bundestages den Kinderhospizen und deren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für ihre wichtige Tätigkeit Anerkennung aus.

Der Vorsitzende der Kinderkommission, Matthias Seestern-Pauly, MdB, erklärt: „Die Arbeit, die Kinderhospize für die schwerst erkrankten Kinder und ihre Familien leisten, verdient unsere Unterstützung. Ich habe größten Respekt vor allen, die Kinder in ihrer letzten Lebensphase begleiten und den Angehörigen in dieser schwierigen Situation zur Seite stehen. Sie bieten den kranken Kindern und ihren Familien Unterstützung, Entlastung und Verständnis auf ihrem gemeinsamen Weg. Den vielen Mitarbeitern und Unterstützern von Kinderhospizen gebührt unser Dank für ihren engagierten Einsatz.“

Der bundesweite „Tag der Kinderhospizarbeit“ soll die Arbeit und die Angebote der Hospize bekannter machen und dazu beitragen, Menschen für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Mit den an diesem Tag getragenen grünen Bändern und den vielerorts stattfindenden Aktionen werden betroffene Familien mit Freunden und Unterstützern symbolisch verbunden und drücken so Hoffnung und Solidarität in dieser schweren emotionalen Zeit aus. Die Kinderhospize haben es sich zur Aufgabe gemacht, für die Begleitung dieser Kinder sowie der gesamten Familie bis zum Tode des erkrankten Kindes zu sorgen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---



Deutscher Bundestag

Herausgeber:  
Stabsstelle PräSB 1  
Presse und Medien  
14. Februar 2020

Anlage 2

---

### Pressemitteilung

Kinderkommission engagiert sich beim Red Hand Day gegen Einsatz von Kindersoldaten

Zeit: Dienstag, 11. Februar 2020, 13.30 bis 15.30 Uhr

Ort: Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes

---

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages lädt auch in diesem Jahr zur Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in Kriegen ein.

Die Kinderkommission teilt dazu mit:

„Jedes Jahr engagieren sich Kinder und Jugendliche in aller Welt mit der Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in Kriegen. Das Symbol der Aktion, die rote Hand, steht dabei für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Die Kinderkommission möchte auch in diesem Jahr mit einem eigenen Stand ein Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen als Soldaten setzen. Das ist ihr gerade im Hinblick auf die vielen jungen Geflüchteten aus Bürgerkriegsländern mit entsprechenden Erfahrungen ein besonderes Anliegen. Hier können Abgeordnete und Beschäftigte des Deutschen Bundestages ihre Handabdrücke abgeben und damit gegen den Einsatz von Kindersoldaten protestieren. Zur Aktion wird auch Frau Bundesministerin Dr. Franziska Giffey erwartet. Die gesammelten Handabdrücke leitet die Kinderkommission an die Vereinten Nationen weiter.

Medienvertreter sind zur Berichterstattung herzlich eingeladen.“

Alle Medienvertreter benötigen beim Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht des Abg. Matthias Seestern-Pauly (FDP)

---



Deutscher Bundestag

Anlage 3

### Pressemitteilung

#### Kinderkommission: Bedürfnisse und Rechte von Kindern in der Corona-Pandemie nicht aus dem Blick verlieren

Berlin, 7. Mai 2020

**Herausgeber:**  
Kommission zur Wahrnehmung der  
Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages mahnt, die Bedürfnisse und die in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Rechte von Kindern in der Corona-Pandemie nicht aus dem Blick zu verlieren und erklärt hierzu:

Jede politische Entscheidung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie muss letztlich mit einem Zielkonflikt zwischen Schutz der Gesundheit, Wahrung persönlicher Freiheiten und Folgen für die ökonomische Entwicklung umgehen. Dabei muss der Blick auch auf die Kinder gerichtet werden.

Kinder haben einen Anspruch auf soziale Kontakte, frühkindliche und schulische Bildung. Von Mitte März bis Anfang Mai waren Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen sowie Spiel- und Sportplätze weitestgehend geschlossen und Vereinsangebote gestrichen. Kinder konnten kaum persönliche Beziehungen zu Freunden und engen Verwandten unterhalten. Diese Situation kann nur in einem absoluten Ausnahmezustand gerechtfertigt werden.

Familien mit Kindern sind angesichts der Corona-bedingten Einschränkungen besonders belastet. Eltern müssen neben der Arbeit in Beruf und Haushalt das fehlende Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitangebot ersetzen und sind angesichts der Krise nicht selten mit wirtschaftlichen Unsicherheiten konfrontiert. Gerade für Alleinerziehende bedeutet diese Situation eine gewaltige Belastung.

Für Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien wirken sich die fehlenden Bildungschancen bei einer länger andauernden Schließung von Schulen und Kindergärten langfristig besonders negativ aus. Familien mit Kindern, die aufgrund von körperlichen oder geistigen Behinderungen im Alltag besondere Unterstützung benötigen, sind auf funktionierende Strukturen sowohl bei Behörden als auch im Gesundheits- und Sozialsektor angewiesen.